

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
9. Oktober 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Not. — Bebel's Lebenserinnerungen. —
Der Kampf der französischen Arbeiterfrauen gegen die Lebensmittelteuerung.
Von Alexandra Kollontaj. — Aus der Geschichte der menschlichen Un-
wissenheit. I. Von B. Sommer. — Die Bewegung gegen die Teuerung
in Oesterreich und der Blutsonntag in Wien. Von Adelheid Popp.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresberichte der Genossinnen
in Potsdam und Mannheim. — Politische Rundschau. Von H. B. —
Gewerkschaftliche Rundschau. — Hungernde Textilstaven. Von h. j. —
Die Bildung von Frauenagitationskommissionen in Hamburg. Von eg.
Notizen: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauensimm-
recht. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Einladung zum Abonnement.

Der bevorstehende Wahlkampf lenkt die Aufmerksam-
keit der proletarischen Frauen auf ihre Pflicht, um
das Banner der Sozialdemokratie geschart an den
sozialen Kämpfen unserer Zeit teilzunehmen. Wie
es bei der Wahl um das Wohl des arbeitenden Volkes gegen
das Tun und Treiben der Lebensmittelwucherer, der Heer-,
Marine- und Kolonialschwärmer, der Feinde des Koalitions-
und Wahlrechts geht, so stehen auch in den sozialen Kämpfen
überhaupt die Interessen der ungeheuren ausgebeuteten Mehr-
heit des Volkes den Interessen einer kleinen Minderheit von
Ausbeutenden und Herrschenden gegenüber.

Die „Gleichheit“ ist in Deutschland die einzige
Frauenzeitung, welche die Interessen der Prole-
tariatsfrauen auf Reformen in der bürgerlichen Ord-
nung und auf Beseitigung dieser bürgerlichen Ord-
nung selbst konsequent vertritt. Als Organ der deutschen
Genossinnen wird die Zeitschrift wie in den vergangenen Jahren
so auch fernerhin die treue Beraterin der Proletariatsfrauen für
ihre Beteiligung am Befreiungskampf ihrer Klasse sein. Sie
wird wie seither mit aller Energie und Schärfe kämpfen für
die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauen-
welt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer
sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen
verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirt-
schaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unter-
drückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines
Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer
solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums-
und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden
und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann
und Frau, zwischen Kopfsarbeit und Handarbeit. Die Auf-
hebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den
Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur
das Werk des Proletariats selbst sein. Will die prole-
tarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen
sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Die proletarischen
Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf

zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste
Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm ge-
treu wird sie auch weiter werben für den Streit, in dem „ein
Geben und Dräben nur gilt“.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Auf-
gaben erfüllen. Jede Nummer hat zwei Beilagen, von
denen die eine der besseren Ausrüstung der proletarischen
Frau für die Pflichten als Mutter und Hausfrau
wie einer guten bildenden Unterhaltungsektüre ge-
widmet ist, von denen die andere Kinderlektüre bringt,
die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht soziali-
stisches Fühlen und Denken fördern soll. Das Blatt hat im
Laufe der letzten Jahre seinen Leserkreis um viele Tausende
vermehrt. Wir hoffen, daß es sich in seinem 22. Jahrgang
die alten Sympathien erhält und neue Freunde erwirbt.

Der Preis der „Gleichheit“ beträgt vierteljährlich ohne
Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit
gratis abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleich-
heit“ hofft

Die Redaktion und der Verlag.

Not.

Graue Gespenster schreiten durch das Deutsche Reich, durch
Europa. Mit der Teuerung geht eine Schlimmere Hand in
Hand. Es ist die nackte Hungersnot, die großen Massen der
werkstätigen Habenichtse ins sorgenvolle, abgeehrte Antlitz
blickt. Niemand weiß das besser als die Arbeiterin, die mit
einem Wochenlohn von 9 oder 10 Mk. alles bestreiten soll,
was des Leibes Nahrung und Notdurft heischt; als die Ar-
beiterfrau, die mit 12 oder 15 Mk. wöchentlichem Haushal-
tungsgeld den Tisch einer kindergesegneten Familie bestellen
muß. Anhaltend fast sind die Teuerungspreise des Lebens-
bedarfes weiter gestiegen, die schon im vorigen Jahre ihre offi-
zielle Anerkennung dadurch fanden, daß das Dreiklassenparla-
ment in Preußen auch ohne den Druck einer Streikandrohung
die Zivilliste des Landesherrn um rund drei Millionen Mark
jährlich erhöhte. Heute haben die Existenzkosten eine geradezu
unerschwingliche Höhe erreicht. Das wenigstens für Millionen
derer, die vom Ertrag der eigenen Arbeit aus der Hand in
den Mund zu leben gezwungen sind. Besonders macht sich das
Anziehen der Preise für Milch peinlich bemerkbar, die als
Hauptnahrungsmittel der kleinen Kinder auch im proletarischen
Haushalt unentbehrlich ist, deren Bedeutung aber für den
Speisezettel der Erwachsenen ebenfalls immer mehr erkannt
wird. Nach dem Rind-, Kalb- und Hammelfleisch wird gegen-
wärtig auch das „Schweinerne“ teurer und teurer. Kaum noch in
minderwertiger Qualität kommen diese Fleischarten ins Arbeiter-
heim, und wenn Heinrich IV. von Frankreich seinerzeit jedem
seiner Untertanen ein Huhn in den Topf wünschte, so ist heute
die Sehnsucht Tausender deutscher Reichsangehöriger schon er-
füllt, wenn sie in ihrer Pfanne ein Stück Pferdefleisch braten

tönnen. Nicht bloß für Brot, Mehl und Teigwaren, für Eier, Butter und Schmalz, für Kaffee, Zucker und Petroleum sind die Preise gestiegen, sondern auch für Obst, Gemüse, Kartoffeln, von der Verteuerung von Wäsche, Kleidung und Wohnungsmiete nicht erst zu reden. Tage nach Tagen folgen sich, von denen die Frau der ausgebeuteten Massen sagt: „Sie gefallen mir nicht“, weil sie keine Antwort mehr weiß auf die Frage: Was werden wir morgen essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden? Jawohl, keine Antwort mehr, auch wenn sie die sparsamste und umsichtigste Hausfrau ist, oder wenn sie den Kredit beim Bäcker und Krämer bis zum Letzten erschöpft hat. Man vergesse nicht, was der Proletarin in Gestalt qualender Sorgen und drückender Plagen in die Erinnerung gebrannt ist! Die Teuerung krallte ihre dürrn, begehrliehen Finger in den Beutel der Armen und Kleinen, noch ehe daß diese die Folgen gesunkenen Verdienstes, wohl gar von Arbeitslosigkeit in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges überwunden haben konnten.

Teuerung und Not fast allenthalben, wo nicht die Ausbeutung fremder Arbeit prassend und übersättigt an der Tafel sitzt. Warum das? Ist es wirklich richtig, daß die Härte der Natur die Schuld daran trägt, weil hier sengende Sommerglut die Fruchtbarkeit weiter Gefilde verzehrte, weil dort Hagelschauer und andere Witterungsunbill den Segen der Fluren vernichtete? Gewiß: es stimmt, daß natürliche Vorgänge dieser Art zu Mißwachs und damit zu einem Steigen der Preise mancher Lebensmittel geführt haben. Die starke, lang andauernde Hitzewelle, die großen Strecken Mitteleuropas eine außergewöhnliche Dürre gebracht hat, zog eine Verteuerung von Milch, Butter, Obst, Gemüse usw. nach sich. Jedoch sie hat — wie andere Witterungsverhältnisse auch — nur einen Zustand verschärft, der nicht von ihr geschaffen worden ist, und dem in unserer Zeit leicht abgeholfen werden könnte. Die modernen Verkehrsmittel ermöglichen es, dem Mißwachs in einer Gegend so schnell abzuhelfen, daß er gar nicht in Teuerungspreisen zum Ausdruck zu kommen braucht. Der Telegraph trägt mit Blitzesschnelle die Nachricht von mangelndem Lebensbedarf nach dem entferntesten Punkte unserer Erdoberfläche; die Ozeane pflügende Riesendampfer, Eisenbahnen, welche die Kontinente durchqueren, führen in kurzer Zeit Brotsfrucht, Fleisch und andere Erzeugnisse aus der Gegend des Überflusses in die Gebiete larter Gente. Der Kapitalismus, der jedes einzelne Volk in Ausbeuter und Ausgebeutete auseinanderreißt, hat die Völker international verbunden, indem er den Weltmarkt mit seinen ausgleichenden Wirkungen schuf. Heutzutage könnten trotz der Ungunst der Natur Teuerungspreise und Hungersnot überwundene Erscheinungen sein, wenn, ja wenn — nicht gesellschaftliche Einrichtungen sich dem widersetzen, Verhältnisse, die von Menschen geschaffen worden sind.

In der Tat: welch verderbenschwangere, höllische Mächte denn sind es, die dem Überfluß an Gütern des Lebensbedarfs wehren, über die Grenze zu strömen und dem hinter ihren Pfählen haufenden Mangel zu steuern? Papierne Vorschriften und Bestimmungen, Gesetze, Erlasse der Regierungen: Zölle, die auf eingeführtem ausländischem Getreide, Vieh und Fleisch usw. liegen, sogar in einem Teil des Jahres auf den Kartoffeln, die den armen Leuten das teurere Brot ersetzen sollen; Gesetze, Vorschriften und Erlasse, welche mit indirekten Steuern und Abgaben inländische Waren belasten und dabei nicht einmal das Salz und die Zündhölzchen verschonen. Dazu die „Liebesgaben“ der großen Schnapsbrenner und Rübenbauer, Vergünstigungen, die in Gestalt von höheren Preisen für Zucker, Branntwein, Spiritus von den Verbrauchern gezahlt werden müssen. Ferner schifflandige Maßregeln der Grenzsperr für Vieh und Fleisch, die unter dem Deckmantel der Fürsorge für die Gesundheit des deutschen Volkes seinen entsprechenden Bedarf verteuern. Schließlich und vor allem das System der Einfuhrschemine, das in der Praxis darauf hinausläuft, eine Prämie auf die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland zu setzen, in der Folge dem deutschen Markte die Brotsfrucht entzieht und ihren Preis in die Höhe treibt. Einrichtungen dieser Art schaffen

absichtliche, künstliche Teuerungspreise und Not, sie gleichen Vampiren, die an dem Mark des Volkes saugen. Aber ver-gessen wir nicht die wahren Schuldigen, die hinter den papierernen Buchstaben stehen und deren Wille Wucherpreise und Jammer schafft. Das sind die Besitzenden, die ausbeutenden Klassen. Wie der Teufel vor dem Weihwasser schrecken sie in ihrem schändlichen Eigennutz davor zurück, nach dem Maße ihres Reichtums zu den Lasten des Staates beizutragen. Zölle, indirekte Steuern, Abgaben aller Art auf den Lebensbedarf der breiten Massen müssen die Staatskassen füllen. Und damit nicht genug: sie schleppen im Bunde mit dem gemeinschädlichen Anflug der Liebesgaben und Ausfuhrprämien mittels verbrecherischer Preise Hunderte von Millionen in die Schlösser und Villen der Grundherren, Fabrikanten und Händler. Und damit der Mundraub den Armen und Armsten nehme, was irgendwie genommen werden kann, schrauben die Ringe, Trusts und Syndikate noch die Preise in die Höhe. Menschen sind es also, die die Ge-spensier der Teuerung und der Not unter die Massen hegen, um auf Kosten anderer Menschen ihren Reichtum zu mehren, um durch die Ausbeutung der Konsumenten zu vollenden, was die Ausbeutung der werkschaffenden Lohnsklaven beginnt.

Was aber Menschenwert ist, das kann auch durch Menschen vernichtet werden. Dem ausbeuterischen Tun und Treiben der Besitzenden und Herrschenden haben die Werktätigen ihren Willen entgegenzustellen, sich nicht länger plündern zu lassen. In der Zeit der einbrechenden Hungersnot müssen sie Sturm laufen gegen all die Einrichtungen, die durch künstliches Emportreiben der Lebensmittelpreise die Taschen des werktätigen Volkes be-rauben. Die Grenzen auf für die Einfuhr von Vieh aus den Nachbarländern, für die Einfuhr gefrorenen und gefähten Fleisches aus Argentinien und Australien! Fort mit dem System der Einfuhrschemine, mit Zöllen und indirekten Steuern auf Güter, die der Lebenshaltung der Massen dienen! Verbilligung der Frachttarife, Maßregeln der kommunalen Verwaltungen, um die Bevölkerung zum Selbstkostenpreis mit unentbehrlichen Lebensmitteln zu versorgen! Das sind Forderungen, die mit elementarer Gewalt von den darben-den Massen den Nutznießern der Wucherpreise und ihren politischen Sachwaltern entgegen-geschleudert werden müssen. Im Gefühl ihrer „gottgewollten“ Abhängigkeit von den Agrariern hat sich die deutsche preussische Regierung bis jetzt hartnäckig geweigert, auch nur eine einzige durchgreifende Maßregel zu beschließen, um dem Hunger der breitesten Bevölkerungsschichten zu wehren. An diesen selbst liegt es nun, durch ihren Ruf nach Brot ihr zum Bewußtsein zu bringen, daß die stärkste und ausschlaggebende „gottgewollte Abhängig-keit“ die von den Massen ist, die heute Schöpfer alles gesell-schaftlichen Reichtums sind.

Die proletarischen Frauen aber gehören in die vordersten Reihen derer, die ausziehen, um der blinden hartherzigen Selbst-sucht der besitzenden Minderheit das Recht auf billigeres Brot und Fleisch zu entreißen. Was sie in diesem Kampfe verteidigen, ist mehr als die Füllung des Magens und die Abwehr un-endlichen Jammers, es ist mit der Gesundheit des Leibes geistige und sittliche Kraft, es sind Brosamen der Kultur, die sie für sich und die Ihrigen, die sie namentlich für ihre Kinder be-gehren. In dem Mundraub bekämpfen sie ein Stück der Aus-beutung ihrer Klasse durch die Herrschenden. In der Vinderung der Gegenwartsnöte erringen sie ein Stück des Aufstiegs ihrer Klasse auf dem Wege, der zur vollen Freiheit führt.

Bebel's Lebenserinnerungen.

Viele Tausende, die den ersten Teil von Bebel's „Aus meinem Leben“ gelesen haben, warteten mit Spannung auf die Veröffentlichung des zweiten Bandes. Der liegt nun vor uns, ein stattliches Buch, von dem doppelten Umfang wie der erste Teil. Die gestiegene Seitenzahl ist kein Zufall, keine Außerlich-keit. Sie entspricht der Entwicklung der Partei, die sich in Bebel's Lebenserinnerungen widerspiegelt, ja die deren eigentlicher In-halt ist. Denn das muß von vornherein betont werden: so

wenig wie der erste Band will und darf der zweite der Lebenserinnerungen als ein literarisches Dokument betrachtet werden. Er ist seinem ganzen Wesen nach als ein bedeutsamer Beitrag zur Geschichte der Sozialdemokratie zu bewerten, als ein Beitrag, an dem niemand vorübergehen darf, der das vorwärtsdrängende Leben unserer Partei, ihre Ausdehnung und Festigung, ihr inneres Wachsen und Reifen kennen lernen will. Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie zeichnet ein großzügiges Bild dieser Entwicklung und ihrer Zusammenhänge, wie sie der Historiker sieht, der auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht. Bebel's Lebenserinnerungen geben die Überblicke und Einblicke, die ein Mann festgehalten hat, der, vom Geiste des Sozialismus erfüllt und emporgetragen, selbst einer der tätigsten und verdienstvollsten Werkleute am stolzen Bau der Partei, dem ihr Werden und Wirken täglich eigenes Leben ist. Es liegt auf der Hand, daß dabei nicht wenig wertvolles Tatsachenmaterial aufgerollt wird und manches charakteristische Licht auf wichtige Vorgänge und Abschnitte des Parteilebens fällt.

Der zweite Band der Erinnerungen behandelt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren, die durch die Gegensätze und Auseinandersetzungen zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern unter Schweigers Führung ihr Gepräge erhalten bis zu der Schwelle des Sozialistengesetzes. Eine inhaltreiche Zeit das, in der die vom jungen Kapitalismus vorwärtsgetriebene politische Entwicklung Deutschlands durch den Krieg mit Frankreich und die Gründung des Deutschen Reiches die schwierigsten Aufgaben für die Arbeiterbewegung zeitigte, die ihrerseits noch die Kinderstube trug. Hand in Hand mit der unermüdlichen Werbe- und Organisationsarbeit unter dem Proletariat geht daher das leidenschaftliche geistige Ringen um grundsätzliche Klarheit, wie es namentlich in den Kämpfen zwischen Lassalleanern und Eisenachern und in den Meinungsverschiedenheiten über das Verhalten zum Deutsch-Französischen Krieg zum Ausdruck kommt, wie es in den Auseinandersetzungen über das Programm der geeinten sozialdemokratischen Partei nachzittert, in der sich schließlich die feindlichen Brüder unter dem wachsenden Druck wütender Verfolgungen zusammenfinden. Inmitten der weittragenden geschichtlichen Ereignisse, der inneren Wirrungen und Kämpfe erfolgt der Aufmarsch des Klassenbewußtwerdens des Proletariats zur parlamentarischen Arbeit, die vom ersten Augenblick an zum großen Teil auf Bebel's Schultern ruht und unter seiner und Liebknechts Führung rasch steigende Bedeutung und ihren hervorsteckendsten Wesenszug erhält: die bewußte Vereinigung des Wirkens im Dienste der proletarischen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen, im Dienste der sozialen Reformen und der sozialen Revolution.

Von dieser Entwicklung, die ein entscheidendes Stück der Weltgeschichte in sich begreift, erzählt Bebel in seinen Erinnerungen, kunstlos, schlicht, in literarisch ungeschminkter Sachlichkeit, die stellenweise an die nüchternen dokumentarischen Aufzeichnungen alter Chroniken gemahnt. Daß diese Sachlichkeit voller Leben ist und unter Umständen eine stark subjektive Färbung trägt, ist selbstverständlich. Wäre dem anders, so müßte Bebel nicht Bebel sein, der Mann mit dem feurigen Temperament, der seit fast einem halben Jahrhundert sein bestes Herzblut und seinen stärksten Willen der Sache des Proletariats gewidmet hat und daher bei jeder Entwicklungsphase der Partei mitten im Getümmel der Meinungen gestanden ist. So werden im einzelnen gar manche Urteile und Darstellungen den Widerspruch herausfordern, mehr als alle aber sicherlich die Abschnitte, welche die Stellung Schweigers in der Arbeiterbewegung behandeln, und die auch uns trotz aller Schatten, die auf den Charakter des Mannes fallen, trotz allem ausgebreiteten Material nicht davon zu überzeugen vermochten, daß dieser glänzend begabte und gerüstete Politiker seine Lösungen als Söldner der preussischen Regierung vertreten habe.

Jedoch wie immer Bebel selbst sich zu den Dingen und Menschen stellt: seine eigene Person tritt jederzeit hinter die Sache zurück, die jeweilig die erwachende deutsche Arbeiterklasse

in Spannung hält. Es ist in erster Linie und vor allem deren geschichtliches Leben, dessen er gedenkt, und die eigene Vergangenheit mit der Fülle ihrer Arbeiten und Kämpfe gewinnt für ihn nur dadurch ihre Bedeutung, daß sie unlöslich mit eben diesem Leben verwachsen ist. Darum werden jene das Buch enttäuscht beiseite legen, die der eigenen Schwäche so gern die „interessante Individualität“ vortäuschen, indem sie das Erleben bedeutender Persönlichkeiten bis in den letzten Winkel der Schreibtischfächer, des Kleiderschranks und des Alkovens nachspüren. Sparsam sind die Streiflichter, die auf das persönliche Leben Bebel's fallen, die zeigen, daß dieser rastlose Agitator und Organisator der jungen Sozialdemokratie ein mit Sorgen bebürdeter kleiner Drechslermeister ist, daß der furchtlose, schneidige parlamentarische Kämpfer sich nach der stillen traulichen Häuslichkeit sehnt, welche das umsichtige Walten der liebevollen Gattin gestaltet, und wo das einzige Töchterchen dem Vater zulauscht. Um so lebendiger, greifbarer tritt uns der historische Bebel entgegen, der Vorkämpfer und Führer des Proletariats. Gewiß unbeabsichtigt genug und daher nicht in Worten, wohl aber um so eindrucksvoller in seiner überreichen Arbeit, in seinen fruchtbaren Taten. Denn in dem erblühenden Leben der Sozialdemokratie, das uns aus den Denkwürdigkeiten anblickt, wirkt sich Bebel's persönliches Sein aus, und wenn der Mann mit diesem Leben wächst und von ihm emporgetragen wird, so doch nur, weil er sich ihm ganz zu eigen gibt. Da ist kein Gebiet der damaligen Arbeiterbewegung, das Bebel nicht mit Feuereifer in Angriff nimmt, keine ihrer Aufgaben, deren er sich nicht ohne Rücksicht auf Opfer und Gefahren unterzieht. Und es sind bei weitem nicht alle Seiten des nimmerastenden Wirkens für die sozialistische Idee, auf die in den Erinnerungen helles Licht fällt. Mit der wachsenden Bedeutung des parlamentarischen Kampfes ist in anderer Richtung manche außerordentlich wertvolle Leistung Bebel's in den Schatten gerückt. Bebel hat neben unserem unvergesslichen Julius Motteler und in Verbindung mit ihm und einigen anderen Genossen und Genossinnen zu den ersten gezählt, welche die Proletarierinnen um das Banner des Sozialismus zu sammeln trachteten und für den gesetzlichen Schutz der Frauenarbeit eintraten. Dieser ganzen wichtigen Arbeit, deren Hauptfeld das sächsische Erzgebirge war, ist mit keinem Worte gedacht. Nur beiläufig erwähnt Bebel, daß von Anfang seiner Agitation an „die Frauen ein nicht unerhebliches Kontingent zu den Versammlungsbefuchern stellten, die nachher eifrige Agitatorinnen für uns wurden“. Und an einer anderen Stelle lesen wir von dem Wahlkampf im Oktober 1876: „Nach Leipzig zurückgekehrt, ließ ich eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 'Die Stellung der Frau im heutigen Staat und zum Sozialismus.' Obgleich wir den größten Saal Leipzigs zur Verfügung hatten, faßte er nicht die Masse der herbeiströmenden Zuhörer, von denen viele wieder wegen Mangel an Raum umkehren mußten. Die Frauen waren sehr zahlreich vertreten. Ich setzte ihnen unter anderem auseinander, welche lebhaftes Interesse auch sie an den bevorstehenden Reichstagswahlen nehmen mußten; da sie aber vorläufig kein Wahlrecht besäßen, sei es ihre Aufgabe, agitatorisch in den Wahlkampf einzugreifen und ihre Männer und wahlberechtigten männlichen Verwandten für die Beteiligung an der Wahl anzutreiben, und zwar zugunsten der Sozialdemokratie, die für ihre volle politische und soziale Gleichberechtigung eintrete. Die Versammlung verlief nach Wunsch; es war die erste Versammlung, in der die Frauen zur politischen Beteiligung bei einer Wahl aufgefordert wurden.“

Der historische Bebel, wie er in seinen Lebenserinnerungen erscheint, das ist für eine weittragende Epoche das Fleisch und Blut gewordene beste, zukunftsgeriffene Sein des deutschen Proletariats, das ist die Verkörperung seiner Arbeit und seines Kampfes. So verknüpft betrachtet, gewinnt auch die oft spröde Sachlichkeit der Darstellung eine persönliche, menschlich fesselnde, erhebende Seite. Sind es zusammen mit der seltensten Überzeugungstreue, die dem Feinde heiteren Mutes die Brust bietet, nicht von den besten Eigenschaften des kämpfenden Proletariats, — sein heißer, verzehrender Bildungsdrang, sein lebendiges

Pflichtgefühl, das jede Situation dem erkorenen Ideal nutzbar macht —, die aus den lebenswürdigen Schilderungen der Gast auf Hubertusburg sprechen? Gerade darum lassen wir sie hier folgen und damit das Buch für sich selbst reden.

Am 1. Juli 1872 schrieb mir Bracke einen Abschiedsbrief, in dem er äußerte: „Wenn Eure Familien nicht wären, könnte ich fast triumphieren über die Einsalt unserer Feinde! Du zum Beispiel wirst Dich körperlich erholen und viel lernen; dann bist Du ein verdammt gefährlicher Kerl, und schließlich wird Deine liebe Frau auch, trotz des harten Loses der Trennung, zufrieden sein, wenn Du auf diese Weise eine Kurzeit durchmachst, die Dich wieder kräftigt fürs ganze Leben.“

Am Nachmittag desselben Tages reiste ich nach Hubertusburg. Am Bahnhof hatten sich eine große Zahl Männer und Frauen eingefunden, um sich von mir zu verabschieden. Meine Frau hatte ich gebeten, mit unserem Töchterchen zu Hause zu bleiben. Unter dem Gepäck, das ich mitnahm, befand sich auch ein großer Vogelbauer mit einem prächtigen Kanarienhahn, den mir ein Dresdener Freund als Gesellschafter für meine Zelle geschickt hatte. Er wurde, nachdem ich ihm zu einem Weibchen verholfen, der Stammvater einer Kinder- und Enkelschar, die ich in Hubertusburg züchtete. An der Station Dahlen, an der ich aussteigen mußte, um von dort zu Wagen nach Hubertusburg zu fahren, brachte man mir eine eigenartige Ovation. Als ich ausstieg, standen sämtliche Schaffner an dem langen Personenzug vor ihren Wagen und salutierten, indem sie die Hand an die Mütze legten. Der Lokomotivführer schwenkte die Mütze, ebenso schwenkte ein großer Teil der Passagiere, der in den Fenstern lag, Hüte und Mützen und rief mir Lebewohl zu. Ich war sehr gerührt über diese Zeichen der Sympathie.

Als ich in Hubertusburg ankam und mit Liebknecht zusammentraf, lachte er mich aus, daß ich mir noch neun Monate Gefängnis geholt. Da sei er doch klüger gewesen. Er hatte gut lachen. Er hat nachher für die Artikel, die er heimlich aus Hubertusburg an den „Vollstaat“ schrieb, weit mehr als neun Monate Gefängnis den verantwortlichen Redakteuren aufbrummen helfen. Und wie vorsichtig glaubte er zu sein. Hatte er einen solchen Artikel auf der Pfanne und hegte er Bedenken gegen seine Fassung, so zog er mich zu Rate. Er las mir alsdann die betreffende Stelle vor. Warnte ich ihn, eine mir bedenklich scheinende Stelle im Artikel zu lassen, so versuchte er mir nachzuweisen, daß und warum sie nicht gefährlich sei. Er erhielt dann regelmäßig von mir die Antwort: Du würdest recht haben, dächten Staatsanwalt und Richter so wie du. Er laute alsdann an einem Fingernagel und überlegte sich die neue Fassung. Manchmal war diese aber noch schärfer als die frühere. Er trennte sich sehr ungern von einem Gedanken, mit dessen Veröffentlichung er den Gegner ärgern konnte.

Wir waren meist fünf bis sechs Genossen, darunter zeitweilig auch irgend ein Student, der wegen Duellgeschichten zu kurzer Festungshaft verurteilt worden war. Erst als meine Gast zu Ende ging, war ich der letzte Mohikaner, den Hubertusburg beherbergt hatte.

Hubertusburg ist weiteren Kreisen bekannt geworden durch den 1763 hier abgeschlossenen Friedensvertrag, den der Siebenjährigen Krieg beendete. Das Schloß ist ein stattlicher Bau im Bopfstil. Vor demselben dehnt sich ein großer Hof aus, der durch pavillonartige ein- und zweistöckige Gebäude eingeschlossen ist, die früher den Hofbeamten und Bediensteten zur Wohnung dienten. Für uns Festungsgefangene war ein Flügel dieser Bauten reserviert, in dem man sieben oder acht Zellen eingerichtet hatte. Die Reinigung unserer Zellen besorgte ein sogenannter Kalfakter. Für deren Reinigung und Miete — der Staat gibt auch den Gefängnisraum nicht umsonst — hatten wir monatlich fünf Taler zu zahlen. Unser Essen bezogen wir aus einem Gasthaus des an Hubertusburg grenzenden Wermisdorf. Unsere Tagesordnung war folgende: Morgens 7 Uhr mußten wir angekleidet sein, alsdann wurden die Zellen zwecks der Reinigung geöffnet. Während dieser Zeit frühstückten wir auf dem breiten Korridor, der vor den Zellen hinlief. Diese Pause benutzte Karl Hirsch, um mit einem Zivilgefangenen eine

Partie Schach zu spielen, wobei sich die beiden zu unserem größten Ergötzen regelmäßig in die Haare gerieten. Um 8 Uhr wurden wir wieder eingeschlossen bis 10 Uhr, zu welcher Zeit wir unseren Spaziermarsch im Garten unternahmen. Um 12 Uhr wieder Einschließung bis 3 Uhr im Winter, 4 Uhr im Sommer, dann zweiter Spaziergang, von 5 beziehungsweise 6 Uhr ab wieder Einschließung bis nächsten Morgen. Da wir das Recht hatten, bis 10 Uhr abends Licht brennen zu dürfen, waren diese Stunden meine Hauptarbeitszeit. Nach einigen Monaten erlangte ich, daß Liebknecht den Vormittag von 8 bis 10 Uhr in meine Zelle mit eingeschlossen wurde, um mir englischen und französischen Unterricht zu geben. Bei dieser Gelegenheit wurden dann auch die Interna der Partei und die politischen Vorgänge erörtert. Die Korrespondenz für mein Geschäft erledigte ich auf Grund der Unterlagen, die mir täglich meine Frau sandte.

Liebknecht und ich waren passionierte Teetrinker. Tee konnten wir aber nicht erhalten, und das Selbstkochen war der Feuergefahr wegen verboten. Aber Verbote sind da, um übertreten zu werden. Ich verschaffte mir also heimlich eine Teemaschine und die nötigen Ingredienzien. Sobald am Abend der Aufseher die Zelle abgeschlossen und sich entfernt hatte, begann ich Tee zu brauen. Um aber auch Liebknecht den Genuß desselben zu ermöglichen, hatte ich mir im Garten einen etwa zwei Meter langen Stock zurechtgeschnitten. An dessen Ende befestigte ich eine Schnur, die mit einem von mir geflochtenen Reß versehen war, in das ich das gefüllte Glas stellen konnte. War der Tee fertig, klopfte ich Liebknecht, dessen Zelle neben der meinen lag, damit er aus Fenster trete. Alsdann streckte ich den Stock mit dem Teeglas zum Fenster hinaus, beschrieb mit demselben einen Bogen nach Liebknechts Fenster, worauf dieser, sobald er das Glas in Händen hatte, mit einem: „Ich hab's, danke!“ den Empfang anzeigte. Ähnlich machten wir's mit dem Austausch der Zeitungen, die jeder sobald als möglich lesen wollte. Wir hatten vor den Fenstern der Zellen, längs der Eisenstäbe, eine Schnur ohne Ende angebracht. Wer mit dem Lesen seiner Zeitung fertig war, befestigte diese mit einem Haken an die Schnur, darauf klopfte er dem Nachbar, der alsdann aus Fenster trat und das Zeitungspäckchen zu sich herantloste. (Schluß folgt.)

Der Kampf der französischen Arbeiterfrauen gegen die Lebensmittelsteuer.

I. K. Eine eigenartige, imposante Bewegung ist seit dem 16. August in Frankreich in Fluß gekommen, eine Bewegung, die die besondere Aufmerksamkeit aller Genossinnen und Genossen verdient, denen die Beteiligung der proletarischen Frauen am Emanzipationskampf ihrer Klasse am Herzen liegt. Die geduldigen, schüchternen Hausfrauen, welche nach der Meinung der guten bürgerlichen Welt Politik und Klassenkampf nichts angeht, sind durch den unaufhörlich wachsenden Druck der Not wachgerüttelt worden. Ohne daß sie dazu ermuntert worden wären, ohne „Heheret“ der Sozialisten, ganz von selbst und unerwartet, sind sie in der Straße erschienen, um dort ihre Stimme zum Protest gegen die Lebensmittelsteuer zu erheben.

Rasch und unaufhaltsam wie eine Epidemie verbreitete sich die Protestbewegung über ganz Frankreich. Bald kam es hier, bald da zu ernstesten Demonstrationen unter den Arbeiterfrauen gegen die Steuerpreise des Lebensbedarfes, und diese Kundgebungen nahmen einen immer ernsteren Charakter an. Im Norden war es, am Sitze der modernen kapitalistischen Industrie, wo die ersten Flammen des Protestes aufblühten. Als in der Folge von ungünstigen Witterungsverhältnissen und noch mehr von geriebenen Spekulationen die Lebensmittelpreise mit einem Schlage emporschnellten, wurde die Lage der proletarischen Hausfrau unerträglich, die mit 20 Fr. pro Woche ihre Wirtschaft führen muß. Butter, Milch, Eier, Fleisch, Brot: alles wurde für das winzige Portemonnaie der proletarischen Hausmutter unerschwinglich. Ein Liter Milch, das bis dahin 20 Cent. gekostet hatte, kam nun auf 25 bis 30 Cent., das Kilo

Butter mußte statt mit 3 Fr. mit 3,70 Fr. und sogar mit 4 Fr. bezahlt werden; die Bohnen stiegen von 25 Cent. pro Pfund auf 80 Cent., das Duzend Eier schlechtesten Qualität stand jetzt 1,40 Fr. im Preise, obwohl früher die besten Eier nur mit 1,10 Fr. bezahlt worden waren; ein Brot, das 56 bis 60 Cent. kostete, wurde zu 85 Cent. verkauft. In gleichem Verhältnis waren auch die Preise für Fleisch und die übrigen Lebensmittel gestiegen. Was konnten, was sollten die Hausfrauen beginnen?

Als die Hausfrauen von Maubeuge, einem Zentrum der französischen Metallindustrie, an einem hellen Augusttage auf den Markt kamen, fanden sie, daß die Preise noch mehr in die Höhe gehen sollten. Da ist es die Verzweiflung der Mütter, die ihrer hungernden Kinder gedenken, welche die Frauen zum Protest aufreizt. Sie brechen zusammen in den Ruf aus: „Es ist zu teuer geworden!“, ein Ruf, der bald als Refrain eines Liedes durch Städte und Dörfer wandert. Die Hausfrauen von Maubeuge belagern die Markthändler, und die „Internationale“ ausstimmend, ziehen sie durch die Stadt. Rasch wird ein Komitee der Hausfrauen zur Veranstaltung von Kundgebungen gegen die Teuerung gebildet. Eine Deputation wendet sich an den Bürgermeister von Maubeuge und fordert, daß er zur Regelung der Lebensmittelpreise eingreift. Wie eine Lawine wälzt sich die Bewegung von Stadt zu Stadt, verbreitet sich vom Norden aus nach dem Süden und Westen und reißt schließlich das „Herz Frankreichs“ — Paris — mit fort. Die bürgerliche Gesellschaft hat zum Grusse Schimpfworte für die „frechen Amazonen“, für die Frauen der Arbeiterklasse, die es versuchen, durch Entschlossenheit, Opfermut und Einigkeit die „Gundeegisten“ der Arbeiterfamilie zu bessern. „Wenn die Männer nicht für höhere Löhne kämpfen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als für billigere Lebensmittel einzutreten“, sagte mir eine zielbewußte Proletarierin.

In Maubeuge, Roubaix, St. Quentin, Lille, Reims, Havre, Orléans usw. finden großartige Straßendemonstrationen mit 5000 bis 8000 Teilnehmerinnen statt. Frauen sind es, die rote Fahnen und Plakate herumtragen mit den Forderungen: „Regelung der Lebensmittelpreise! Heraus mit dem Tarif!“ „Milch zu 20 Cent. das Liter! Butter zu 1,50 Fr. das halbe Kilo!“ usw. Revolutionäre Lieder ertönen unaufhörlich. Überall und immer wieder der Ruf: „Es ist zu teuer geworden!“ Überfüllte Versammlungen der Frauen, öfters auch unter freiem Himmel, kommen zustande. Zur Annahme gelangen Resolutionen, in denen der klassenbewußte Geist der demonstrierenden Proletarierinnen deutlich zu spüren ist. Fast allerorten werden Komitees und Vereine zur Regelung der Lebensmittelpreise und zur Bekämpfung der Teuerung des Lebensbedarfs gebildet. Als Rednerinnen treten nun schone, bescheidene Hausfrauen auf, die noch vor einer Woche kaum eine Silbe vor einem Publikum zu sprechen gewagt hätten. Jetzt haben sie den Mut, auf dem Marktplatz zu Hunderten und Tausenden zu reden. Die Arbeiterbevölkerung begrüßt die mutigen Kämpferinnen mit Blumensträußen. Die organisierte Arbeiterschaft, Gewerkschafter und Parteimitglieder, unterstützen die Protestbewegung und halten sie in Fluß. Besondere Förderung erhält diese von erwerbstätigen Proletarierinnen, von den Textilarbeiterinnen und Tabakarbeiterinnen. Staat, Kommune, so wird gefordert, sollen die Preise der Lebensmittel regeln. Zwei Forderungen treten überall in den Vordergrund: Erhöhung der Löhne und gründliche Reform beziehungsweise Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel. In vielen Orten wird der 24stündige Proteststreik gegen die Teuerungspreise proklamiert. Als in Ferrères die Männer ihr Wort brechen, einen 48stündigen Proteststreik durchzuführen, und sich in die Betriebe begeben, erscheinen die Arbeiterfrauen mit roten Fahnen und zwingen die Männer, die Arbeit einzustellen.

Wahrhaftig, das Elend muß einen hohen Grad erreicht haben, damit die „schlichternen Hausmütterchen“ zu solch energischem Auftreten gezwungen waren. Wahrhaftig, die Lage muß unerträglich geworden sein, damit sich die Mütter überwandern, mit leerem Korbe ins Haus zurückzukehren, wo die hungrigen Kleinen sehnsüchtig auf das Mittagbrot warteten. Die Haus-

frauen boykottierten nämlich die Marktfrauen und Händler, welche die Preise nicht herabsetzen wollten. Sogar Milch wurde nur noch für kranke und schwächliche Kinder gekauft, und es kam vor, daß in einigen Orten bloß 150 Liter davon abgeholt wurden, während doch sonst 4000 verkauft worden waren. Die Milch konnte den Schweinen gefüttert werden. Nur die entschlossene, ausdauernde Haltung der Arbeiterfrauen zwang allmählich die Händler zur Nachgiebigkeit.

Der Opfermut und die Kampfstätigkeit der proletarischen Hausfrauen wurde durch das Eingreifen der Klassenregierung auf die Probe gestellt. Kaum war die Bewegung im Fluße, als die französische Regierung zu den äußersten Mitteln griff, um sie zu ersticken. Polizisten, Gendarmen und selbst Soldaten wurden gegen sie mobil gemacht. Die kleine Stadt St. Quentin erhielt drei Regimenter Einquartierung, sogar die Artillerie ward bereit gehalten. Die Marokkoaffäre schien vergessen zu sein, unter den Fenstern der Bourgeois stand der „innere Feind“, repräsentiert durch die hungernden, verzweifelten Arbeiterfrauen. Der Rotschrei der Demonstrierenden: „Wir und unsere Kinder sterben vor Hunger!“ verkündete allzu öffentlich die wachsende Misere der proletarischen Bevölkerung des reichen Frankreichs.

Fast in allen Orten, wo Kundgebungen gegen die Teuerung stattfanden, kam es zu gewalttätigen, blutigen Zusammenstößen. Die Bajonette der bürgerlichen Republik richteten sich gegen die Brust waffenloser Proletarierinnen. Kinder und Frauen wurden verwundet. Kein Tag verging ohne Verhaftungen. Männer und Frauen wurden vor die Tribunale der republikanischen Klassenjustiz geschleppt und müssen mit vierzehn Tagen bis sechs Monaten Gefängnis die Schuld büßen, daß sie das wachsende Elend bekämpfen wollten. Hausdurchsuchungen, besonders bei Sozialisten, fanden statt. Sogar Arbeiterkonsumvereine blieben nicht verschont. Die Polizei bewies, wozu sie da ist: der bürgerlichen Gesellschaft Ordnung und Ruhe zu schaffen! Die Bewegung zählt Hunderte von Verwundeten und Verletzten, in Roubaix gab es sogar Tote. Und das, obgleich selbst die bürgerliche Presse zugestehen muß, daß die Bewegung der Hausfrauen und ihre Protestkundgebungen gegen die Teuerung keinen Anlaß zu brutaler Niederknüppelung gegeben hatten.

Freilich war es hier und da zu einigen gewalttätigen Vorgängen gekommen, wie bei allen Volksbewegungen, wenn die Atmosphäre besonders erregt ist. Fenster waren eingeworfen, Läden geplündert, Händler gemißhandelt, Auslagen demoliert worden. Aber die Arbeiterfrauen konnten vor der Öffentlichkeit mit Recht behaupten, daß sie mit diesen Gewalttaten nichts zu tun hatten. Was war das Argste, das sie sich hatten zuschulden kommen lassen? In ihrer Erregung hatten sie in dem einen oder anderen Orte auf dem Markte ein paar Körbe Eier oder Gemüse umgestürzt oder einer Milchhändlerin, die absolut nichts von niedrigeren Preisen hören wollte, ihre Milch über den Kopf gegossen. Man könnte eher erstaunt sein, daß trotz der allgemeinen Empörung und trotz des leidenschaftlichen Temperamentes der Franzosen die Kundgebungen gegen die Teuerung ohne ernste Ruhestörungen abgelaufen sind. In Maubeuge hatten die Demonstrantinnen selbst eine Miliz zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet. Aber was half es? Die Protestbewegung der Hausfrauen war eine zu offene Anklage gegen die Klassenpolitik, die auch die Regierung der französischen Republik treibt. Daher Einschüchterung und Niederknüttelung der ungebärdigen Demonstrierenden. Als die Bewegung Paris ergriff und die Hausfrauen der historischen „Faubourgs“ (alte Vorstädte, Arbeiterviertel) auf den Märkten erschienen, um gegen die Teuerungspreise zu protestieren, war es der Polizeipräsident der Hauptstadt in Person, Lépine, ein würdiger Bruder Jagows, der sich von Polizisten und Gendarmen umringt auf den „Kampfsplatz“, das heißt auf den Markt begab. Hier war er bereit, sans merci, ohne „Sentimentalität“, ohne Gnade und Barmherzigkeit den „Ruhestörerinnen“ entgegenzutreten. . . .

Vor der entschlossenen Haltung der Hausfrauen mußten jedoch am Ende die Gewalten des Klassenstaats kapitulieren.

Mit Verhaftungen und Meheleien kann nicht auf die Dauer eine Bewegung erstickt werden, die von dem schreienden Elend erzeugt wird. Die Regierung und die Kommunalverwaltungen der Städte sahen sich genötigt, schließlich doch zum Zwecke einer Herabsetzung der Preise einzugreifen. Eine Regierungskommission zur Untersuchung der Frage der Lebensmittelteuerung und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung wurde eingesetzt. Auf der Tagesordnung der Regierung steht endlich die Frage der Zollreform und der erniedrigten Einfuhrsätze für argentinisches Fleisch. In einigen Städten werden „provisorisch“ die kommunalen Abgaben auf eingeführte Lebensmittel abgesehrt. Obwohl die Regierung sehr vorsichtig auftritt — so hütet sie sich besonders vor einer klaren Stellungnahme zur Frage der herabgesetzten Einfuhrzölle auf argentinisches Fleisch —, obwohl sie schwächliche Maßnahmen vorschlägt, die den Geldsakinteressen der Großkapitalisten nicht wehe tun, so ist doch die Tatsache allein, daß die Teuerungsfraße auf der Tagesordnung steht, ein schlagender Beweis dafür, daß die Bewegung der Arbeiterfrauen nicht nutzlos gewesen ist.

Gerade das Verhalten der Regierung angesichts dieser brennenden Frage zeigt klipp und klar, daß die Arbeiterklasse für jede Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage nur auf ihr eigenes Handeln, nur auf ihre eigene Kraft rechnen darf. Das Elend des französischen Volkes war in den Monaten vor der Protestbewegung kaum minder groß als im August. Dennoch dachte die Klassenregierung Frankreichs nicht im Traume an ein Eingreifen, um die Existenz der proletarischen Massen wenigstens etwas erträglicher zu machen. Die mit Sorgen überlastete proletarische Hausfrau mußte sich vom Herde reißen, mußte mit wahren Opfermut — und es gehört wirklich viel Mut für eine Mutter dazu, den Kindern die Mahlzeit zu versagen — als Demonstrantin in die Straße steigen, damit die „väterliche Regierung“ aus ihrer Untätigkeit geweckt wurde. Kann man, darf man gegenüber solchen Tatsachen noch daran zweifeln, wessen Interessen die Regierung sogar in dem „republikanischen“ Frankreich vertritt?!

Die Bewegung der proletarischen Hausfrauen, deren praktische Resultate allerdings nicht überschätzt werden dürfen, hat für die Sozialdemokratie einen besonderen Wert. Sie beweist, wie total verkehrt die bürgerliche Auffassung ist, daß die proletarische Hausfrau kein Interesse für die Politik, kein Verständnis für den Klassenkampf haben kann, weil die äußere Welt mit ihr nicht in Berührung komme. Ob eine Proletarierin in der Werkstatt frondet, ob sie am Herde steht, ganz gleich. Angesichts der Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, angesichts der unverhüllten, verschiedengestaltigen Ausbeutung der Massen durch die besitzenden Klassen, Kapitalisten und Agrarier, lernt die proletarische Frau die schwarzen Seiten des sozialen Lebens kennen und kommt zu derselben unvermeidlichen Schlussfolgerung: „So kann es nicht weiter gehen!“ „Es ist nicht mein Mann allein, sondern wir beide sind es, die unsere Arbeitskräfte dem Herrn Unternehmer für seine schändlichen 25 Fr. die Woche ausbeuten lassen, obwohl ich am Hausherde bleibe,“ sagte mir eine französische Proletarierin, eine tüchtige Hausmutter mit bitterem Tone. Und sie hatte recht! Je mehr der Unternehmer den Mann ausbeutet, um so härter muß die Hausfrau sich abplagen und sorgen. Und die Politik! Die Hausfrau kann immer wieder versuchen, der „Bösen“ aus dem Wege zu gehen. „Frau Politik“ aber kommt in der Gestalt der erhöhten Zollsätze, der neuen oder gestiegenen Steuern ungerufen in die Arbeiterwohnung spaziert und holt die Frau hinaus auf das öffentliche Kampfesfeld. Die Bewegung der proletarischen Hausfrauen Frankreichs beweist, daß auch die rückständigsten Elemente der Arbeiterklasse aufzuwachen beginnen. Es war eine wahre Freude, wie Hunderte von Frauen den Komitees zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung beitraten, wie diese bescheidenen Hausmütterchen eifrigst an die Arbeit gingen, sich als Vorsitzende und Schriftführerinnen wählen ließen, und mit welchem Feuer sie sich der Sache widmeten! Die Stimmung der proletarischen Frauen ist eine gehobene und mutige. Sie wissen: es gibt für sie keinen Ausweg: Hunger oder Kampf!

Es ist bedauerlich, daß die französische sozialdemokratische Partei den günstigen Augenblick zur sozialistischen Aufklärung der proletarischen Frauen viel zu wenig ausnützt. In der Hauptsache überläßt sie es den Syndikalisten, die Bewegung zu leiten, so daß die Gefahr nahe liegt, sie in falsche Bahnen gelenkt zu sehen. Vor der französischen sozialistischen Partei dehnt sich ein noch unbebautes, aber fruchtbares Arbeitsfeld: die empörten, zum Leben ihrer Klasse erwachenden proletarischen Frauen. Guten Samen, sozialistische Ideen auf dieses Feld zu streuen, das sollte eine nächste und ernste Aufgabe der Partei sein. Der Erfolg der Arbeit wird kostbare Blüten tragen, nicht für das französische Proletariat allein, sondern für die gesamte internationale sozialistische Bewegung.

Alexandra Kollontay, Paris.

Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit.

Von B. Sommer.

I. Von der Urreligion zur Priesterreligion.

Wir haben heute in der Bourgeoisie eine religiöse Bewegung oder besser religiöse Bewegungen, sowohl unter den Rechtgläubigen wie unter den religiös-fortschrittlich Gesinnten; ja, unter letzteren machen zurzeit eine ganze Anzahl von Richtungen von sich reden: die Straußschen Idealisten, die liberalen Rationalisten, die Drexschschen Mythologisten usw. Obgleich die Sozialdemokratie ihre durch ihr ökonomisch-politisches Programm vorgezeichnete Bahn geht — ganz unbeeinflusst bleibt sie von solchen Strömungen doch nicht, und selbst wenn sie das bliebe, so erheischt schon ihre Stellung als Partei des Klassenkampfes, daß sie von den Wandlungen und Perseuerungen in den gegnerischen Klassen Kenntnis nimmt und sie auf Grund ihrer materialistischen Geschichtsauffassung zu deuten versucht. Einen festen Standpunkt zu diesen Bewegungen auf religiösem Gebiet gewinnen wir nur, indem wir die Religion der geschichtlichen Betrachtung unterwerfen. Natürlich können wir im Rahmen einer Zeitung den Entwicklungsgang der Religion nur in groben Umrissen verfolgen.

Die Gottesfrage ist für die moderne Wissenschaft gänzlich erledigt: es gibt keinen persönlichen Gott — sei es ein solcher, wie ihn die Bibel vorstellt, sei es ein durch das ganze All verbreiteter, ein „gasförmiges Wirbeltier“, wie Häckel sagt. Alle Spekulation über dieses Wesen oder etwas, das ihm ähnlich sei, kann hinfort nur auf Gedankenpielerei oder Phantasterei beruhen und kommt auf leere Worte heraus. Ebenso hat es heutzutage keinen Sinn mehr, die gesamte Natur als das Göttliche zu bezeichnen, einen unpersönlichen Gott und die Welt gleichzusetzen. Als diese Auffassung der große holländisch-jüdische Philosoph Spinoza zu Beginn der Neuzeit vertrat, war sie revolutionär. Dem Genius eines Goethe verlieh diese Idee seine umfassende Weite, und er vermochte sie durch seine künstlerische Schöpferkraft mit dem Leben der Schönheit zu erfüllen. Heutzutage würde sie nur wieder dem Pfaffentum die Tür öffnen, sei dieses nun staatlich konfessioniert oder hülle es sich in den Mantel des freireligiösen Predigers. Es ist längst erwiesen, daß Gott nicht zu beweisen sei, daß er nur ein Gebilde des Glaubens ist. Dagegen erhebt sich nun die Frage, und sie ist durchaus wissenschaftlich, wie denn eben dieser Glaube oder anders: die vielen und vielgestaltigen Religionen, die Gottesdienste in der Welt entstehen konnten? Darüber gibt uns Aufschluß die Geschichte und die Ethnologie, die Völkerkunde, insbesondere soweit diese die mehr und mehr aussterbenden oder wenigstens ihrer ursprünglichen Kultur stets weiter entfremdeten Naturvölker genau beobachtete. Denn erst dadurch, daß uns die Völkerkunde die Kenntnis urwüchsiger Religionen vermittelte, und zwar im Zusammenhang mit ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umgebung, erhielten wir den Schlüssel für den Entwicklungsgang der verwidelteren Religionen der Kulturvölker, die sich aus demselben Mutterboden losgelöst haben. Unter an-

derem hat sie uns auch die abergläubischen Vorstellungen und Bräuche der Kulturvölker als altreligiöse verstehen gelehrt.

Auf der Entwicklungsstufe, wo der Mensch fähig wird, wenigstens einen kleinen Kreis der Natur, in deren Mitte er steht, mit denkendem Blicke zu übersehen, sind es vor allem zwei Beobachtungen, die er machte, zwei Tatsachen, die, wie die Erfahrungen lehrten, ihm besonders auffielen: einmal, daß in seiner natürlichen Umgebung so viel vor sich geht, das weder er selber, noch einer seiner Mitmenschen tut, sodann aber, daß beim Tode des Menschen etwas aus ihm entwichen war, das er, der Ding und Funktion noch nicht trennen konnte, für ein Etwas für sich ansehen mußte — die Seele. Da er außer sich und diesen Seelen nichts Lebendes und Wirkendes kannte, drängte sich ihm der Schluß auf: also sind es die unsichtbar entwichenen Seelen, die die sonst unerklärlichen Vorgänge in der Natur hervorrufen. Jedenfalls haben alle, auch die wildesten und wenigst zivilisierten Völker einen Geisterglauben oder Seelenglauben; die Begriffe Geist und Seele sind durchaus dasselbe. Man hat noch kein Volk ohne solchen Glauben gefunden. Religion ist dieser Glaube noch nicht, und sofern gewisse Völker nichts weiter besaßen als diesen Geisterglauben, kann man sie wohl als religionslos bezeichnen.

Diese Seelen nun, die die Natur bewegen, in ihr wirken, fügen dem Menschen manches Gute, aber doch noch weit mehr Schlimmes zu — die Natur meint es mit dem wilden Menschen lange nicht so gut, wie eine poetische Weltanschauung träumt. In der Welt herrscht das Übel. Es konnte nur von den Seelen kommen. Der Mensch suchte sich deshalb mit den Seelen, die er noch von der Zeit her kannte, da sie im Leibe wirkten — Verwandte, Freunde —, zu denen sich ja sogar seine eigene Seele, wenn er träumend schlief, begab und mit ihnen verkehrte, in eine Verbindung zu setzen, um ihre Hilfe, sei es unmittelbar, sei es mittelbar durch Schutz vor feindlich gesinnten Seelen, zu erlangen. Und weil er sie gleich sich auf einer ewigen Jagd nach des Lebens Notdurft vorstellte, so verpflegte er sie vor allem mit Speise und Trank. Auch bot er ihnen, woran die Lebenden sich erfreut: Vergnügungen durch Musik, Gesang, Tanz. Das ist der Kult — dieses Wort bedeutet: Pflege. Dieser Kult — das ist die Religion. Es ist nicht bloßer Glaube an „höhere“ Wesen, sondern die tatsächliche, betätigte Verbindung des Menschen mit der Geisterwelt, und so ist die alte, oft angegriffene Auslegung des lateinischen Wortes religio als „Bindung“ doch wohl noch die beste.

Aus den obengenannten Kultbräuchen ist aller „Gottesdienst“ in seinen sämtlichen einzelnen Formen bis zu denen des Christentums hervorgegangen — leider erlaubt der Raum nicht, auf die interessanten Einzelheiten einzugehen. Mythologische Märchen, wie sie später in Kulturzeiten entstanden und die Formen des Kultes zu deuten versuchten, haben mit der Religion nur einen schwachen Zusammenhang. Ebenjowenig sind aber sittliche Gefühle die Geburtshelfer der Religion.

(Der Naturmensch ist in dieser Beziehung oft äußerst gefühllos nach unseren Begriffen, aber er ist logisch nach den wenigen Begriffen, die er besitzt. Es ist noch nicht viele Jahre her, daß uns die Forscher von einem jungen Kongoneger erzählten, der seine Mutter nur deshalb tötete, weil er von ihrem abgeschiedenen Geiste einen stärkeren Beistand für einen bestimmten Zweck erhoffte, als sie ihm im Leben leisten konnte. Und dieser Wilde tat gar nichts anderes, als die zivilisierten, christlichen Katalonier im Mittelalter dem heiligen Romuald antun wollten. Romuald, ein Italiener des zehnten Jahrhunderts, hatte sich in Katalonien niedergelassen und war daselbst in den Ruf eines Heiligen gekommen. Als er das Land wieder verlassen wollte, beschloß seine Anhänger, ihn zu ermorden, um aus seinem Körper wunderkätige Reliquien zu machen. Er erfuhr es aber und drückte sich französisch. Ob die Geschichte selber wahr ist, tut gar nichts zur Sache — ihr Grundgedanke ist nicht erfunden. Die Moral bildet sich in der Gesellschaft und vor allem nach der Gesellschaft. Erst wenn sich gewisse Anschauungen und Handlungsweisen in der Gesellschaft durchgesetzt haben, kommt

die Religion, die sich ihnen vielleicht vorher entgegengestellt hatte, und sanktioniert sie notgedrungen, um sie später ebenso zäh gegen Neues als „Gottes Ordnung“ zu verteidigen.)

Die Religion ist also keine vom Himmel herabgeschneite hochheilige „Idee“, sondern eine dem Naturmenschen im Kampf ums Dasein aufgezwungene materielle Leistung, eine oft gar nicht leicht zu erfüllende handfeste Verpflichtung. Denn der Mensch muß den Geistern den Kult leisten, wenn er nicht in allem unglücklich sein, nur Feinde im Geisterreich haben will.

Die geregeltste Form dieses Kultes ist der Ahnenkult, die Verehrung der Geister der Eltern und Voreltern. Er stellt sich auf einer gewissen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung ein und findet sich noch heute bei vielen Kulturvölkern; in China bildet er die eine Hälfte der Staatsreligion, die andere ist eine ziemlich richtungslose Verehrung aller möglichen guten und bösen Geister.

Was der Mensch den Geistern leistete, faßt man allgemein unter dem Namen „Opfer“ zusammen. Je mehr sich das Menschendasein komplizierte, desto mehr auch das Geisterwirken, desto mehr aber auch der Kult und die Opfer. Und je mehr dies geschah, desto notwendiger schienen besondere Kultbesorger, die mit den Geistern am geschicktesten Umgang pflegen konnten — die Priester. Die Schamanen, die „Medizinmänner“, bilden denn auch eins der ersten Gewerbe, die sich aus der noch undifferenzierten Urgesellschaft lösen.

Aber das Priestertum ist, selbst wenn seine Träger mit den reinsten Absichten ihre Aufgabe unternahmen, ein gefährliches Handwerk. Es konnte keinem Priester unbemerkt bleiben, daß auf der Götter Hilfe kein ganz sicherer Verlaß sei. Wollte er Gewerbe und Ansehen nicht aufgeben, dann mußte die eigene Intelligenz weiterhelfen. Auch der katholische Pfarrer ordnet nicht eher einen Regenbittgang an, als bis das sinkende Barometer nicht wenigstens Aussicht auf Witterungswechsel eröffnet. Das Geschäft, so sehr es vorerst, gleich dem Geisterglauben überhaupt, auf bloßer Selbsttäuschung beruht, führt beim Priestertum eigener Unternehmung, wie es die unzivilisierten Völker besitzen, allzuoft zum Betrug. Die offiziellen Priesterkassen der Kulturvölker unterliegen ihrerseits vielfach politischen Einflüssen, die sich dann in ihren „Lehren“ widerspiegeln. Aber je mehr dergleichen fremder Einschlag das Gepräge der Religion bestimmt, desto stärker muß der Priester auf seine Ehrlichkeit pochen, desto schärfer muß er den verfolgen, der an seiner Berufung und seiner Lehre zweifelt. Wo Vielgötterei herrscht, kann das Priestertum wohl allerlei Auswüchse treiben, aber allzu stark und schlimm kann seine Macht nicht werden, obwohl auch schon im barbarischen Afrika die Fetischpriester gelernt haben, zusammenzuhalten; auch im alten Griechenland, das so heitere zwei- und eindentige, oft geradezu lästerliche Göttermärchen erfand, wurden viele Philosophen wegen Gottlosigkeit von den Pfaffen verfolgt. Jedoch an der unsernen Stadtgrenze endete die Macht der Drispriesterkassen. Wo aber der Monotheismus, der Glaube an einen einzigen Gott, einer großen geschlossenen Priesterorganisation die Kraft der Einheit verleiht, so daß diese zu der mächtigsten Organisation in der Gesellschaft werden kann, da wehe den Zweiflern.

Das Übel der Welt wird auch durch die Opfer nicht ausgerottet, aber es würde ohne diese doch noch viel schlimmer sein. Und so steigert der Priester das Opfer immer mehr; er lebt ja vom Opfertisch, und die Gesellschaft muß ihn durch das Opfer ernähren. Der Gedanke des Opfers, der „Verehrung“ besaß beim Naturmenschen noch den Begriff einer freien Gabe — beide Worte bedeuten ursprünglich nur Gabe, Geschenk. Der Geist hatte auf sie mit einer womöglich größeren Gabe zu antworten. Die altindische Opferformel ist: „Ich dir — du mir!“ In der Veda, dem ältesten Religionsbuch der Inder, sagt der Opfernde: „Hier ist die Butter — wo find deine Gaben?“ Und er dankt dem Gotte für diese nicht, das Wort „danken“ fehlt im Veda. Das entspricht ganz der römischen religiösen Formel *do ut des*: „Ich gebe, damit du gibst“. „Lohne, wie Göttern geziemt, mit reichlichem Segen die Gabe“, wird die Göttin der Liebe, Aphrodite, in einem griechischen Gedicht angerufen. Und

weil der Geist oft trotz der Gabe den Wunsch nicht erfüllte, so wurde der Mensch vorsichtig: er bot dem Gotte nur erst das Geschäft an, indem er ihm für den Fall der Erfüllung der Bitte eine Gabe versprach — er tat ein Gelübde. Darüber, wie die Geister und Heiligen dann oft um die Gegenleistung geprellt wurden, gibt es auch aus neuerer Zeit und aus katholischen Kreisen eine große Anzahl Anekdoten, so die von der beinstarken Kerze, die auf ein Dreierlicht zusammenschmilzt.

Dabei konnte der Priester freilich nur schlechte Geschäfte machen, da er aber auch die Willensmeinung der Götter, das Orakel beherrschte, so hatte er ein Mittel, den Gedankengang über das Verhältnis von Göttern und Mensch in seinem Sinne und Interesse zu lenken. Hatte der Mensch zuerst die Götter gepflegt, und standen sie in seiner Schuld, so erklärte der Priester nun das Opfer als eine Schuld der Menschen an die Götter, und schließlich als eine so große, daß sie der Mensch überhaupt nie abzahlen könne; er blieb immer im Rückstand. Das nicht auszurottende Übel gab dem Priester recht. So entstand der Begriff der Erbschuld, die, nachdem den Priestern auch noch die Umwandlung der objektiven Schuld in eine subjektive Verschuldung gelungen war, zur Erbsünde wurde. Schon 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung wußten die jüdischen Priester diese moralische Schuld durch ihre Paradiesesgeschichte zu illustrieren. Entstanden aber ist die Idee wie die Geschichte der Erbsünde jedenfalls in Babylonien.

Nunmehr steht der Mensch schon von der Geburt an im Banne dieses Schuldgesetzes; zur Abtragung solcher Schuld, mit solcher Schuld wird er geboren. Von der entsprechenden Gegenleistung hängt die Zukunft nicht nur seines Lebens, auch seiner vom Leibe befreiten Seele ab. Die Vorstellung des von der Welt geschiedenen Jenseits kam auf, das der Wilde noch nicht kennt. Für den Gläubigen hatte das den Vorteil, daß er nicht mehr auf die Gaben seiner Nachkommen nach dem Tode angewiesen war, für den Priester, daß ihn niemand mehr nach der irdischen Gegenleistung fragen konnte.

„Die Gesamtheit der Urvorstellungen zur Tilgung jener Schuld,“ sagt Julius Lippert, „Geschichte des Priestertums“, „ist der Kultus, die Kultanwaltschaft des Priestertums. In Peru und Ägypten nahm der Kult vorweg rund ein Drittel alles Landes, ein Drittel aller Arbeitskraft des Menschen als Unterpfand für jene Schuld in Beschlag; mit dem Restelöse den Druck des Gewissens zu erleichtern, gewährten tausend Anstalten den Menschen Anleitung und Anreiz. Der jüdische Priesterstaat nahm der Theorie nach in Städtegut verwandelt den zwölften Teil des Landes und den zehnten des Ertrages, also ungefähr ein Fünftel des Nationalvermögens in Beschlag, ungerechnet den Gotteskasten am Tempel und den Opferzwang. Das Brahmanentum lehrte lieber gleich die Rechnung um; es schrieb sich gleich die ganze Welt auf die Kreditseite und trug ein kleines Debet zum Lebensunterhalt des Schuldners ein. Die reichen Schätze Griechenlands verwahrten die Banken der Kultschuld, die Tempel, und der Druiden (keltische Priester) ließ in den Händen des Volkes nur den auf das Jenseits lautenden Schuldschein. Peinlichste Gewissenhaftigkeit ängstigte den Römer mit dem Gedanken, daß er trotz alles Aufwandes seiner Schuld nimmer ledig werden könne. Groß, erschütternd und beängstigend ist die Geisterfurcht des Wilden, aber je älter, je fortgeschrittener in einem Lande die Kultur, desto schwerer lastet ein Aufwand, der immer wachsend, doch nie die Höhe der Schuld erreichen kann. Objektiv dokumentieren den Tatbestand die Unglücksfälle des Lebens; subjektiv spiegelt er sich als Gewissensangst und Verzweiflung.

Einmal kommt die Zeit für jedes Volk, für jeden Menschen — da prüft er seine Taten nicht auf den Willen, sondern auf den Erfolg; zweifelnd hält er auf dem Wege inne, ob er ihn weitergehen solle. So stand sinnend der Genius des Zundervolkes in Santama, dem Buddha.

Zweck alles Aufwandes, der die Völker erdrückte, war die Abwehr des Übels. War sie erreicht? Nein! War nicht genug geschehen? Auch der Brahmane wußte nicht mehr zu verlangen. Das Übel blieb in der Welt; dem Zweck schien viele Tote

offen, aber der Buddha schloß: also ist die Kultschuld nicht der Grund dieses Übels. Diese Erkenntnis erlöste von der Schuld und der Qual des Gewissens; aber was erlöste nun vom Übel? — Eine ganze Kette von Ursächlichkeiten gebiert das Übel. In dieser Kette ist Kult und Kultschuld kein Glied; aber des Menschen Tun und Lassen im Leben und Verkehr ist eines dieser Glieder. Also halte das Gesetz! — nicht das Gesetz des Kultes, sondern das Gesetz des Lebens! Jeder Fehltritt ist die Ursache eines Übels.“

Als im fünften Jahrhundert die jüdischen Tempelpriester in den Mosesbüchern das Schuldbewußtsein und seine Sühne zu einem neuen System, nicht ohne eine gewisse Grobheit, zusammenschweißten, hatte Buddha seine Volksgenossen durch die obige Erkenntnis bereits erlöst. Alle Opfer wie alle Schuld, ja selbst die Götter als opferheischende Wesen waren damit abgetan. Aber ursprünglich doch wohl nur für eine Provinz, vielleicht gar nur für eine Klasse von höherer Kultur berechnet, wurde diese Auffassung wieder besiegt; im heutigen Buddhismus ist Buddha selbst zum Gotte geworden, hat Mönch- und Priestertum, von denen die Lehre befreien sollte, die Gläubigen wieder ganz in der Hand.

Die Bewegung gegen die Teuerung in Oesterreich und der Blutsonntag in Wien.

I. K. Die Leserinnen der „Gleichheit“ erinnern sich wohl noch des Berichts, der hier über die Demonstration der Wiener Arbeiter-schaft vom 2. Oktober 1910 gegeben wurde. Eine Viertelmillion Menschen waren damals mit Fahnen und Standarten auf die Ringstraße gekommen, und vor dem Rathaus wurden Reden gehalten für die Einfuhr von argentinischem Fleisch. Denn die Fleischnot ist in Oesterreich besonders groß, und zu ihr hat sich dank der Erhöhung der Zolltarife von 1906 eine Teuerung aller anderen Lebensmittel gesellt. Die Demonstration vom 2. Oktober wurde durch eine Aktion unserer Abgeordneten im Parlament unterstützt. Der Erfolg war, daß die Regierung durch ihren Handelsminister, den Christlichsozialen Weiskirchner, erklären ließ, zunächst könnten 10000 Tonnen überseeischen Fleisches nach Oesterreich gebracht werden. Das wird jetzt ein Jahr, und im Verlauf dieser Zeit sind nur 4000 Tonnen Fleisch eingeführt worden. Auf die Reklamationen im Parlament machte die Regierung das Geständnis, daß Oesterreich bei der Einfuhr überseeischen Fleisches an die Zustimmung der ungarischen Regierung gebunden sei. Es wurde auf einen geheimen Vertrag verwiesen, durch den dieses Abkommen festgelegt sein sollte. Und die ungarische Regierung gab nur die Zustimmung zur Einfuhr von 2000 Tonnen. Der Verkauf des eingeführten gefrorenen Fleisches geschah derart, daß es den Konsumenten zum Teil verweigert wurde, für viele aber überhaupt nicht zu erlangen war. Fast alle Fleischer boykottierten es, und wenn sie es doch führten, so richteten sie es so her und verkauften es mit solcher Miene der Geringschätzung, daß tatsächlich auch viele Konsumentinnen, vor allem aus der Arbeiterklasse, mißtrauisch wurden. Dann war das eingeführte Fleisch auch nicht so billig, als man erhofft hatte. 30 Heller Zoll belasteten jedes Kilogramm, dazu noch die teure Fracht und der Wucherprofit der Fleischer. So hieß es denn im Juni, 700000 Kilo. Fleisch lagern noch unverkauft in den Kühlräumen und werden nach dem Hafen von Triest zurütransportiert, weil kein Bedarf vorhanden ist. Diese Nachricht brachte das Volk in Bewegung; das Volk, das Fleisch entbehren muß, weil es zu teuer ist. Bei den Massen wußte man nicht, daß es in Wien unverkauft argentinisches Fleisch gab, nirgends war es angekündigt worden. Die Empörung richtete sich vor allem auch gegen die Kommunalverwaltung, die die Pflicht gehabt hätte, für die Verproviantierung zu sorgen. Der Schrei nach billigem Fleisch erhob sich von neuem, und zwar nicht bloß aus dem Proletariat, sondern auch aus dem Bürgertum, das ja nicht nur aus Kapitalisten besteht. Die Beamtenvereine, die Hausfrauenvereinigungen, Postangestellte usw. hielten Versammlungen ab, in denen die Einfuhr überseeischen Fleisches und die Öffnung der Grenzen nach den Balkanstaaten gefordert wurde. Es stellte sich heraus, daß dank der österreichischen Grenzsperrung die Viehzucht in Rumänien fast ruiniert ist, weil sie keinen Absatz mehr fand. Oesterreich kann jetzt von Rumänien nicht einmal die paar tausend Rinder und Schweine bekommen, deren Einfuhr die österreichisch-ungarischen Agrarier der Regierung großmütig erlaubt haben. Im Hafen von Triest kamen zwei Schiffe mit argentinischem Fleisch an. Die österreichische Regierung mußte mit der

ungarischen verhandeln, ob sie die Einführung erlaube; die Antwort lautete: Nein! Die Gegenforderungen der ungarischen Regierung waren so hoch, daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Die Schiffe verließen den Triester Hafen, das Fleisch kam nach Italien und in die Schweiz. Gleichzeitig schien es, daß infolge des trockenen Sommers eine nie dagewesene Teuerung bevorstehe. Die Zuckerpriese stiegen innerhalb weniger Wochen um 14 Heller pro Kilogramm, so daß dieses jetzt in Österreich 1 Krone und 4 Heller kostet, wovon 88 Heller auf die indirekte Steuer entfallen. Auch alle anderen Lebensmittel gingen im Preise in die Höhe, obgleich sie ohnedies schon drückend teuer waren. So vor allem Kartoffeln, die jetzt 16 Heller pro Kilogramm kosten, während ihr Preis im Vorjahr 10 Heller und vor fünf Jahren nur 6 Heller betrug. Seit 1910 ist der Preis der Vollmilch in den Wiener Molkereien von 22 Heller für das Liter auf 30 Heller gestiegen, dazu kommen noch 2 Heller mehr, wenn die Milch in das Haus geliefert wird. In Provinzorten mit kaum 10000 Einwohnern kostet das Liter Milch 26 bis 30 Heller. Nun wurde eine Preissteigerung um 2 Heller angekündigt.

Zu den Teuerungspreisen und Teuerungsaussichten gesellt sich als fürchterliches Übel die Wohnungsnot, die besonders in Wien ein Schrecken ohne Ende ist. Es war damit schon immer arg in den letzten Jahrzehnten, jedoch seit dem Bau der zweiten Hochquellenwasserleitung sind die Mieten geradezu unerschwinglich geworden, denn der Gemeinderat hat sie im Winter 1910/11 benützt, um den Hausbesitzern eine neue Wassersteuer aufzuerlegen. Die Herren haben diese Last natürlich auf die Mieter abgewälzt, und zwar so, daß sie selbst dabei einen glänzenden Haubzug machten. Eine Wohnung aus Zimmer und Küche bestehend, im Preise von 28 Kronen pro Monat, wurde durch die edelmütigen Mißbürger um 4 bis 6 Kronen verteuert. Die neue Wassergebühr hätte die Miete von 1000 Kronen für eine größere Wohnung nur um 10 Kronen im Jahr gesteigert, die Hausbesitzer forderten aber 200 bis 300 Kronen mehr, da großer Mangel an Wohnungen herrscht. Die Gemeinde Wien hat bis jetzt auf dem Gebiet des Wohnungswesens ebensowenig getan wie auf dem der Verproviantierung, denn Hausherren, Fleischer und Bäcker stellen eine kompakte Majorität von Wählern. So entwickelten sich fürchterliche Zustände. Familien mit Kindern wird gekündigt, und sie bekommen selbst dann keine Wohnung, wenn sie die Miete in der Tasche haben. In den ärmeren Bezirken kommt es daher seit Monaten immer wieder zu Wohnungskrawallen. Im Asyl für Obdachlose übernachteten ganze Familien; die Frauen lampieren bei Tag mit den Kindern im Freien, indes ihre Einrichtung in einem Schuppen oder Keller zugrunde geht. Vor einigen Wochen wollte eine Mutter ihr zweijähriges Kind auf das Geleise eines heranbrausenden Zuges werfen, weil sie wieder „gesegneten“ Leibes ist und keine Wohnung bekommen kann.

Angesichts des kurz skizzierten außerordentlichen Notstandes hat die sozialdemokratische Fraktion die Einberufung des Parlaments gefordert. In der Obmannertkonferenz, die über diesen Antrag zu entscheiden hatte, sprach der Ministerpräsident von den arrangierten Demonstrationen, bei welchen man die Urheber niemals fassen könne, wenn es zu etwas komme. Er „warnte“. Unsere Genossen blieben ihm die Antwort nicht schuldig und verwiesen darauf, daß jeder der Führer in den Zeiten des Wahlrechtskampfes wiederholt vor den Bajonetten gestanden sei. Die arbeiterfeindlichen Zeitungen, die christlichsozialen und die nationalen, höhnten die Arbeiter ob ihrer „wohlrührenden“ Demonstrationen, bei denen Genossen als Polizei fungierten. Damit waren die Ordner gemeint. Die Bewegung der Massen wuchs, denn die Preissteigerung griff immer weiter um sich: Spiritus, Petroleum, Kohle, alles wurde teurer. Und der Winter in Sicht! Mehr als einmal war unter den Vertätigten von dem Generalfreist die Rede, um wichtig auf das Glend hinzuweisen. In dieser Situation erfolgte die große Wiener Demonstration vom 17. September. 50000 Menschen zogen vor das Rathaus, wo von fünf Tribünen gesprochen wurde. Aber auch der Militarismus marschierte auf in all der glänzenden Pracht, die das hungernde Volk so teuer bezahlt. Infanterie und Kavallerie besetzten die Straßen der inneren Stadt und sperrten den Zugang zu den Wohnungen jener, die allen Grund haben, den Zorn des Volkes zu fürchten. Als die Arbeiter das Militär sahen, als die Reiterlavalladen die Straßen unsicher machten, entstand eine fürchterliche Erregung. Beim Rathaus, beim Verwaltungsgerichtshof klinkten die Fensterscheiben, Stöße wurden geschwungen und Steine geworfen. Das war aber nur die Einleitung zu dem, was nachmittags geschah.

In Ottakring, dem typischen Proletarierbezirk, wo das Glend grauenerregende Formen zeigt, wo Nahrung, Licht und Luft unerschwingliche Dinge für viele sind, da ist selbstverständlich der

Groll gegen alles Bestehende am stärksten. Dort auch mußte der Protest gegen die Verteuerung des Lebensbedarfs am elementarsten zum Durchbruch kommen. Frauen schleppten für ihre Kinder Steine herbei, zum Bau von Barrikaden, zum Zertrümmern der städtischen Straßenbahnwaggons, zum Demolieren der städtischen Schulen und der staatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt. Straßenbahnwagen und eine Schule wurden in Brand gesteckt, die Einfriedungsgitter der öffentlichen Anlagen wurden herausgerissen, um Instrumente zum Demolieren zu haben. Genossen, die begütigend, ordnend einwirken wollten, wurden empört zurückgewiesen. „Die Lawine war im Fluß“, wie es bei Freiligrath heißt. Das Militär schaffte in seiner Weise „Ordnung“. Es brachte eine Salve. Ein Menschenleben war das Opfer. Es fiel ein achtzehnjähriger Genosse, der an den Gesehnhissen ganz unbeteiligt war und über die Straße ging. Tödlich getroffen wurde ein zweiter Genosse aus unserer Jugendorganisation, der ebenfalls an den Vorgängen keinen Teil hatte. Brähenberger und Joachimstaler wurden von der Wiener Arbeiterschaft zu Grabe geleitet, 300 Kranzträger bildeten dabei Spalier. Rot wie Blut leuchteten die Blumen und Schleifen. Und noch zwei schwerverwundete Männer ringen mit dem Tode. Man zählt ein halbes hundert Verwundeter und fast 300 Verhaftete. Und die Justiz des Klassenstaates waltete ihres Amtes. Knaben von 15 und 16 Jahren werden mit zwei Jahren schweren Kerlers bestraft, weil sie Gaslaternen zer schlagen haben; ein Jahr schweren Kerlers sühnt den Schlag nach einem Polizeipferd. Acht Monate werden für einen Steinwurf verhängt. Milde waltet nur, wenn ein Angeklagter einer antisozialdemokratischen Organisation angehört. Alle bis jetzt verurteilten Jugendlichen sind nicht organisiert; die Organisierten kommen erst noch vor die Richter. Die Urteile sollen einschüchtern, sie bewirken aber das Gegenteil nicht nur bei den Arbeitern, vielsach auch in anderen Kreisen. Man vergleicht die Urteile mit jenen, die verhängt werden, wenn Studenten Fenster einschlagen und demolieren. Spontan wurden Sammlungen für alle die Opfer und für die Inhaftierten eingeleitet. Noch läßt sich nicht absehen, wie viele Jahrzehnte schweren Kerlers verhängt, wie viele Existenzen vernichtet werden.

Die Nachricht von den Gesehnhissen in Wien hat in der Provinz furchtbare Empörung wachgerufen. In vielen Orten wollten die Arbeiter sofort die Arbeit einstellen. Die Vertrauensmänner müssen alle Kraft aufwenden, um Unbesonnenheiten zu verhüten. Aber immer wieder bricht die Empörung gegen die Teuerung und die Niederbützelung der Massen los. In Industriorten verlassen die Frauen die Fabriken, ziehen zu Hunderten auf die Märkte und leeren die Körbe der Lebensmittelhändler, die zu erhöhten Preisen verkaufen. So erzwingen sie einen momentanen Preisrückgang. Neben der Abwehr der Lebensmittelteuerung steht die Forderung nach höherem Lohn im Vordergrund. Die Zustände sind nicht mehr zu ertragen, trotzdem setzt die Partei alles daran, die proletarischen Massen zu bestimmen, zunächst die Parlamentsöffnung und die Erklärungen der Regierung am 5. Oktober abzuwarten.

Augenblicklich ist Ottakring wieder ruhig. Die verhängten Ausnahmemaßregeln sind aufgehoben — nach dem 17. September mußten die Haustore um 8 Uhr und die Gashäuser um 9 Uhr geschlossen werden, und Militär lagerte in den Straßen. Eine besondere Infamie war es aber, daß ungarisches und bosnisches Militär verwendet wurde. Also Leute, die zum größten Teil die deutsche Sprache nicht verstehen, und mit der Bevölkerung Wiens keinen Zusammenhang haben. Die Polizei, die durch die Jahre des Wahlrechtskampfes so gut erzogene Wiener Polizei, hatte in den Stunden des Aufruhrs alles vergessen, was sie gelernt hatte, und handelte nach Moabitern Mustern. Die Belohnung ist schon da: Der Präsident ist zum „Ritter“ ernannt worden und ein zweiter hoher Beamter hat einen besonderen Orden erhalten, für die Mannschaft aber spendete der „gute“ Kaiser 3000 Kronen. Das Proletariat wartet auf den 5. Oktober. Was wird die Regierung für die frondenden, hungernden Massen haben? Adelheid Popp.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Die Leitungen der Ortsgruppen Dresden und Mülheim des Fabrikarbeiterverbandes hielten im Juli und August zehn Fabrikversammlungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Papier-, Seifen-, Konserven- und chemischen Fabriken und der chemischen Waschanstalten ab. Durch besondere Umstände mußten für die Arbeiterinnen der Konservenfabriken drei Versammlungen hintereinander tagen, die alle überfüllt waren. In der ersten Veranstaltung wurden schwere Klagen über die Arbeitsbedingungen erhoben, die ihre weitere Behand-

lung in einer zweiten Versammlung fanden. In dieser erschienen auch zwei Vorarbeiterinnen. Eine davon, Frau Döhler, verlangte das Wort zu einer Rechtfertigung. Sie versuchte, Klagen gegen die Beamtinnen zurückzuweisen, die in der ersten Versammlung laut geworden waren. Es sei nicht wahr, daß die Vorarbeiterinnen grob und rücksichtslos sind, daß hochschwängere Frauen bei schweren Arbeiten verwendet werden, und daß bevorzugte Arbeit diejenigen erhalten, die Posten haben. Im übrigen sähe sich der Fabrikant die Arbeiterinnen gar nicht erst an, er nehme sie und brauche sie. Die Fabrik zahle gute Löhne und sei ein Versorgungshaus für die Arbeiterinnen. Die Ausführungen lösten bei den letzteren natürlich Mißfallen und Erregung aus. Die Anklagen in der ersten Versammlung waren hauptsächlich gegen Frau Fehner und nicht gegen Frau Döhler erhoben worden. Nach dieser sprach eine allgemein recht unbeliebte Arbeiterin. Sie sagte, Frau Döhler hätte ganz recht, „die faulen Luderz wollten nichts machen“, die Vorarbeiterinnen sollten nur die Knete in die Hand nehmen und die Arbeiterinnen zur Arbeit peitschen. Ein Wutschrei der Anwesenden folgte diesen Worten, und es kostete große Überwindung, diese Musterarbeiterin leichten Kaufes ziehen zu lassen. Beim Verlassen des Saales erklärte das allem Anschein nach betrunkene Weib: „Wer was will, den steche ich über den Gaumen.“ Es wurde allseitig behauptet, diese Arbeiterin habe ein Messer bei sich gehabt. In der darauffolgenden Woche arbeitete sie nicht, so daß Konflikte ausblieben. Die Arbeiterinnen hatten beschlossen, nicht mehr mit ihr zusammen zu schaffen. Die dritte Versammlung beschäftigte sich mit den Vorarbeiten der letzten Versammlung und mit der Frage, ob die Konservensfabrik von W. und F. tatsächlich ein Versorgungshaus für die Arbeiterinnen ist. Die Beamtinnen und die verhasste Arbeiterin waren diesmal nicht erschienen, so konnte in Ruhe verhandelt werden. Die Referentin wies an der Hand reichen Materials nach, daß die Fabrik recht weit davon entfernt ist, eine Versorgungsanstalt zu sein. Behandlung und Löhne ließen nicht auf eine solche schließen. Nicht um den Armen der Ärmsten Arbeit zu geben, wird während der Saison in der Konservenindustrie alles genommen, sondern weil alle Kräfte den Profit erhöhen helfen: die Früchte verderben, wenn sie nicht rechtzeitig konserviert werden. Der Erfolg der Versammlungen für den Fabrikarbeiterverband war groß.

Die Verbände der Sattler und Transportarbeiter hielten je eine Versammlung in Dresden und Striesen ab, die ebenfalls sehr gut besucht waren. In diesen Versammlungen kam es hauptsächlich darauf an, den Frauen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ihrer Männer zu beweisen. Für den Holzarbeiterverband fanden in Obernaußdorf, Blumenau, Deutsch-Georgental, Milka und Großhardmannsdorf öffentliche Versammlungen statt, in denen die Unterzeichnete über „Die Lebensmittelerhöhung und die Notwendigkeit der Organisation“ referierte. Auch sie hatten einen guten Erfolg. Eine überfüllte Versammlung tagte in Hebigau-Dresden. Hier galt es, der Bevölkerung die Forderungen der Bäckergehilfen zur Kenntnis zu bringen, die die Bäckermeister nicht anerkennen wollten. Ein Lehrer mußte aus der Versammlung hinausgewiesen werden, weil er sich fleghaft benahm. Im übrigen verlief die Versammlung vorzüglich und hatte zur Folge, daß die Bäckermeister sich bereit erklärten, mit der Verbandsleitung zu unterhandeln. In Hosterwitz a. G. fand eine Protestversammlung gegen die zunehmende Teuerung statt. „Der politische Kampf und die Kriegshege an der Arbeit“ war das Thema dreier überfüllter Versammlungen, die in Jöhstadt, Geyersdorf und Mulda tagten. In Geyersdorf war das Lokal viel zu klein, um die Erschienenen zu fassen. In Jöhstadt hatte man mit kleinen Mitteln versucht, die Versammlung unmöglich zu machen. Die Einladungsplakate wurden zum Teil erst nachmittags gegen 4 und 5 Uhr angebracht, so daß viele gar nichts von dem Stattfinden der Versammlung wußten. Die Plakate waren nur mit Reißnägeln befestigt worden, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß der Wind sie bald wieder abreißen würde. Daß solche Mittel auf die Dauer nicht Erfolg haben, bewies der Erfolg der Veranstaltung. Stürmisch erklang in den Versammlungen der Ruf, in den auch die anwesenden Gegner einstimmten: „Wir wollen keinen Krieg, wir wollen den Frieden!“ Auch diese Versammlungen brachten neue Mitglieder für die Partei und neue Abonnenten für die Arbeiterpresse. So geht es vorwärts, trotz alledem. Marie Wackwitz.

Jahresbericht der Genossinnen in Potsdam. Trotz örtlicher Schwierigkeiten gelang es auch hier, Fortschritte zu machen. Naturgemäß darf man in dieser Residenzstadt, der die Industrie fehlt, nicht auf große Erfolge rechnen. Die Parteiorganisation zählt gegenwärtig 90 weibliche Mitglieder, ausschließlich Frauen von Parteigenossen. Die meisten unserer Genossinnen sind gezwungen, durch Aufwartung oder Waschen den Verdienst des Mannes zu

ergänzen. Die einzige öffentliche Frauenversammlung im Berichtsjahr fand aus Anlaß des Frauentags statt. Genossin Wurm-Berlin legte in ausgezeichnete Weise die Bedeutung des Frauenwahlrechts dar. Diese Veranstaltung, die leider schwach besucht war, brachte uns 17 neue Mitglieder. Durch eine Hausagitation steigerten einige eifrige Genossinnen die Zahl der Leserinnen der „Gleichheit“ von 16 auf 60. Während bis vor einem Jahre die Leseabende alle vierzehn Tage abgehalten wurden, ließen wir sie im Berichtsjahr auf Anraten der Parteileitung nur alle vier Wochen stattfinden; leider traf die Erwartung nicht ein, daß die Genossinnen dafür die Wahlvereinsversammlungen eifriger besuchen würden. Die Zahl der Besucherinnen der Leseabende betrug durchschnittlich 30. Anfangs wurden Broschüren vorgelesen und hierauf das Gelesene diskutiert; doch wagten immer nur wenige Genossinnen, sich an der Aussprache zu beteiligen. In letzter Zeit wurden auch Vorträge gehalten, denen die Genossinnen mit großem Interesse folgten. So sprach Genossin Anna Matsche-Berlin über Mutter- und Säuglingschuck. Ferner unterstützten uns hiesige Parteigenossen in dankenswerter Weise durch Vorträge, die folgende Themata behandelten: „Die Grundlagen des Sozialismus“, „Die Königsberger Kaiserrede“, „Krankenfassenwahlen“ und „Konsumgenossenschaftswesen“. Wir hoffen, im neuen Jahre weiter vorwärts zu schreiten, um mit Erfolg an den kommenden Kämpfen teilnehmen und neue Kräfte aus ihnen ziehen zu können.

Marie Kiehl.

Jahresbericht der Mannheimer Genossinnen. Die proletarische Frauenorganisation in Mannheim hat im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg von 215 auf 422, von denen etwa die Hälfte die „Gleichheit“ lesen. Es muß künftig die Aufgabe der Genossinnen sein, bei jeder Gelegenheit für ihr Organ zu agitieren. Am besten haben dazu die Kassiererinnen Gelegenheit. In der Agitation wurde alles getan, um die Frauen für den proletarischen Klassenkampf zu interessieren. Vier öffentliche Frauenversammlungen und 22 Mitgliederversammlungen mit zum Teil belehrenden Vorträgen fanden statt. In den Mitgliederversammlungen referierten die Genossinnen H. Böttger, K. Böttger, Nagel, Amann, Strobel, Braun, Wehner, Engel, H. Kemmle und Seyler und die Genossinnen Kehl und Blase. Genosse H. Böttger erläuterte Zweck und Ziele der in Mannheim gegründeten Gartenstadtgenossenschaft und machte es den Genossinnen zur Pflicht, dieses Unternehmen zu unterstützen, das den Arbeitern gesunde Wohnungsverhältnisse schaffen will. Genosse H. Böttger berichtete über die Brüsseler Weltausstellung. In Worten und Bildern führte Genosse Nagel in einem Vortrag über „Wein, Bier, Schnaps“ die schädlichen Wirkungen des Alkohols vor. „Der Boykott als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe“ war das Thema, das Genosse Amann behandelte. Er zeigte, wie insbesondere bei Lohnkämpfen der Bäcker und Metzger, die einen Boykott im Gefolge haben, die Frauen entscheidend mitwirken können. In ausführlicher Weise schilderte Genosse Braun die „Stellung der Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Genosse Wehner behandelte „Die materialistische Geschichtsauffassung“. Über das Thema „Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise“ referierte Genosse Strobel, über „Antike Sklaverei“ Genosse Kemmle. Die Genossinnen Engel und Seyler erörterten die Frage „Was ist Bildung?“ Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Arbeiterklasse mit Wissen und Bildung für die kommenden Kämpfe rüsten muß. Jeder möge der Worte Liebknechts gedenken: „Wissen ist Macht“. Über „Die Entwicklung des Sozialismus und seine Ziele“ referierte in klarer Weise Genossin Kehl. Ihr Vortrag war eine gedrängte Zusammenfassung des Materials, das Genosse Dunder in einem Kursus von acht Vorträgen gegeben hatte. Die Unterzeichnete hielt zwei Referate über die „Machtmittel des Proletariats“ und „Agitation und Organisation“. In den vier öffentlichen Frauenversammlungen referierten die Genossinnen Zieh und Zettin und die Genossen Dr. Friedmann, Mannheim und Lankes-Hamburg. Bei dem Vortrag der Genossin Zieh über „Die Frauen im Kampfe gegen die Lebensmittelerhöhung“ war der große Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt; 63 Renaufnahmen wurden in der Versammlung gemacht. Am sozialdemokratischen Frauentag am 19. März referierte Genossin Zettin über „Das Frauenwahlrecht“. Trotzdem die Versammlung schon um 2 Uhr mittags beginnen mußte, war der Besuch zahlreich. Die Versammlung brachte 30 neue Mitstreiterinnen. Der praktische Arzt Genosse Dr. Friedmann behandelte das Thema „Männer-sünden und Frauenleiden“ in einer öffentlichen Frauenversammlung, an der die Beteiligung so groß war, daß der Saal des Gewerkschaftshauses nicht ausreichte, weshalb der Vortrag im Herbst

wiederholt werden soll. Auf Grund der Erfahrungen aus seiner Praxis gab der Referent den Anwesenden manche nützliche Belehrung. 24 Mitglieder wurden an diesem Abend gewonnen. Im Mai beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung mit dem Lohnkampf der Bäckergehilfen. Genosse Lankes-Hamburg, der Vorsitzende der Organisation der Bäcker, schilderte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser besonders geknechteten Arbeiter. In einer lebhaften Diskussion und in einer Resolution brachten die Versammelten ihre vollste Sympathie mit den kämpfenden Gehilfen zum Ausdruck. Nach kaum fünf Tagen war der gerechte Lohnkampf zugunsten der Arbeiter entschieden, wozu wohl das tatkräftige Eingreifen der proletarischen Frauen beigetragen hat. Außer den angeführten Versammlungen fanden noch zahlreiche Veranstaltungen der Partei statt, an denen die Genossinnen stets in größerer Zahl teilnahmen. Das Winterprogramm, das sehr gut zusammengestellt war, bot nach jeder Richtung hin Belehrung. Alle Genossinnen sollten künftig mehr die Versammlungen der Genossen regelmäßig besuchen. An einem Kursus des Genossen Dunder über die Frage „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ beteiligten sich sechs Genossinnen. Dem deutschen Parteitag in Magdeburg und dem badischen Parteitag in Offenburg wohnte je eine Genossin als Delegierte bei. Im Jugendbildungsaußerschluß und im Wahlkreisvorstand haben die Frauen eine Vertreterin. Viele Genossinnen nahmen an den Arbeiten der Kinderbeschulungskommission teil, deren Vorsitzende seit der letzten Neuwahl Genossin Hoffmann ist. Mehrere Genossinnen haben sich dem neu gegründeten Arbeiter-Samariterbund angeschlossen. Eine Genossin ist seit kurzem in der städtischen Armen- und Waisenfürsorge tätig. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder werden von fünf organisierten Frauen einkassiert, die zugleich das Austragen der „Gleichheit“ besorgen. Für plötzliche Arbeiten, die rasch erledigt werden müssen, steht ein Agitationskomitee von 35 Genossinnen zur Verfügung, die nach des Tages Last und Mühe mit freudiger Hingabe tätig sind. Die Broschüre der Genossin Zieh „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“ wurde gratis an alle Genossinnen verteilt, und am Frauentag konnte die Frauenwahlrechtszeitung in großer Anzahl vertrieben werden. Zwei Genossinnen wurden uns im letzten Jahre durch den Tod entzogen, die Genossinnen Stökel und Lehmann. Genossin Stökel war mehrere Jahre Mitglied der Organisation. Häusliche Pflichten hinderten sie daran, in der Bewegung hervorragend tätig zu sein, aber bis zu ihrem Tode hat sie unsere Bestrebungen mit lebhaftem Interesse verfolgt. Genossin Lehmann gehörte zu den Gründerinnen unserer Frauenbewegung; ihre Verdienste hat ein Nachruf in Nr. 18 der „Gleichheit“ eingehend geschildert. Am 20. Juli fand die Generalversammlung statt, die sehr stark besucht war. Genossin Blase wurde als erste, Genossin Wehner als zweite Vorsitzende wiedergewählt. Mit dem Amte der Schriftführerin wurde Genossin Kehl betraut. Möge es den gewählten Genossinnen gelingen, in gemeinsamer Arbeit die proletarische Frauenbewegung in Mannheim zu fördern. Die tätigen Genossinnen müssen ihnen dabei Unterstützung leisten, damit am Schlusse des laufenden Jahres neue Fortschritte gemeldet werden können. Mit verdoppelter Kraft muß im neuen Jahre an die Arbeit gegangen werden, denn die Wahlkämpfe für Reichstag und Bürgerschaft stehen bevor. Haben die Frauen auch noch immer nicht das Wahlrecht, so sind sie in den Wahlkämpfen doch durchaus nicht zur Untätigkeit verdammt. Sie können für die Wahl der sozialdemokratischen Vertreter agitieren, wo sich nur irgend die Gelegenheit dazu bietet. Denn gerade für die Frauen ist es wichtig, wer in das Parlament einzieht; jahraus jahrein müssen sie Rechenstücker vollbringen, damit sie und ihre Familien bei den geringen Einnahmen und der immerwährend sich vertuernden Lebenshaltung nicht bitteren Hunger leiden. Gehen wir mit frischem Mut und froher Zuversicht an die Arbeit, dann wird sich das Dichterwort bald bewahrheiten:

Wenn nicht die Frauen mehr im Felde fehlen,
Wird wahre Freiheit bald die Welt beselen.

Therese Blase.

Politische Rundschau.

Krieg, Hunger und Pestilenz! Diese drei furchtbaren Geißeln der Menschheit, deren verderbenbringendes Nahen Genosse Viktor Adler auf dem Jenaer Parteitag als das charakteristische Zeichen der Weltlage hervorhob, sind seitdem den Völkern Europas näher und näher auf den Leib gerückt. Die Cholera will von der Balkanhalbinsel und aus Italien nicht verschwinden, die Feuerung verschärft sich und in Tripolis schießen die Kanonen vielleicht einen Weltkrieg ein.

Italien hat einen ganz unverhüllten Raubzug gegen die Türkei unternommen. Tripolis, die einzige noch in unmittelbarem Besitz des Osmanenreichs befindliche nordafrikanische Provinz, ist zwar ein größtenteils unfruchtbares, sehr dünn bevölkertes Gebiet — die Wüste dringt tief bis ins Land hinein, stellenweise bis ans Meer, und auf einer Million Quadratkilometer, also annähernd die doppelte Größe Deutschlands, zählt das Land nur eine Million Bewohner, zum Teil Nomadenstämme, die auch die türkische Herrschaft nur dem Namen nach anerkennen und noch viel weniger in ihrem islamitischen Fanatismus das glaubensfremde italienische Joch dulden würden. — In diesem Lande, dessen Handelsverkehr mit europäischen Ländern, selbst mit Italien nie groß war, ist in absehbarer Zeit weder ein erheblicher Absatz italienischer Industrieprodukte noch die Ansiedlung größerer Massen Italiener möglich. Aber das kümmert die herrschenden Schichten der Bourgeoisie wenig. Auch in unfruchtbaren Kolonien kann man Eisenbahnen, Brücken, Wege, Häfen, Befestigungen bauen, auch unfruchtbare Kolonien bedingen Vermehrung der Armee und der Flotte, neue Kriegsschiffe, Kanonen und Gewehre. Um so mehr, als von vornherein auch militärische Gesichtspunkte mit maßgebend sind für diesen Streich der italienischen Politik, die sich an der Südküste des Mittelmeeres, von der Frankreich schon große Teile in Sizilien bedrohlicher Nähe inne hat, einen Flottenstützpunkt sichern will. Auf alle Fälle werden die Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten, die Eisenindustriellen ihren Profit machen, und ebenso die großen Bankherren, die die Anleihen für alle diese Ausgaben vermitteln, die zur Erschließung der Kolonien notwendig sind. Die Kosten zahlt das Volk, zahlen vornehmlich die Proletarier, deren Elend durch die Kolonialpolitik noch verschlimmert wird. Kolonisation hätte Italien freilich nötig — aber im eigenen Lande, wo es giftige Sumpfe in fruchtbares Land zu verwandeln gälte, wo Arbeitergenossenschaften aus den verkommenen Großgütern Süditaliens reichen Ertrag, Arbeitsgelegenheit und Brot für Hunderttausende schaffen könnten, die jetzt weit in die Fremde wandern oder in Elend, Unwissenheit und Verbrechen verkommen. Überhaupt, um Kultur auszubreiten — was noch immer bei solchen Raubfahrten heuchelnd vorgeschützt wird —, brauchte die italienische Regierung nicht Tripolis zu nehmen. Im eigenen Lande, wo die rückständige, von den Pfaffen verdummte Masse die Behörden verjagt, die die Cholera bekämpfen, hätte es auf Jahrzehnte mehr als genug Gelegenheit dazu. Aber es wäre unnütz, dies den tauben Ohren der herrschenden Klasse Italiens predigen zu wollen. Was kümmert sie das Elend im eigenen Lande, was kümmern sie Kultur und Zivilisation, was die dringenden Aufgaben im Lande selbst! Sie will Geschäfte machen, Geschäfte ganz anderer, viel gewinnbringenderer Art, als bei innerer Kolonisation, als bei Eisenbahn-, Wege- und Schul- und Hospitalbauten in Italien selbst zu machen sind. Denn in Kolonien, wo eine rechtlose, halbbarbarische Bevölkerung ausgebeutet wird, lassen sich ganz andere, höhere Profite erzielen als im eigenen Lande. Daß die Unterworfenen dabei stillhalten, dafür sorgen Gewehre und Kanonen, die das Volk zahlen muß, das auch die Blutsteuer für die kolonialen Abenteuer zu tragen hat.

Iti auch das Vorgehen Italiens nichts als ein frecher, durch nichts gerechtfertigter Raubzug, hat Italien auch nicht den Schatten eines Rechttitels auf Tripolis, dessen arabisch-berberische Bevölkerung für die italienische „Kulturmission“ dankt, so hat wohl keine der Großmächte Europas Recht zur Entrüstung über eine solche Gewaltpolitik. Hat doch jede von ihnen selbst Dreck am Stecken. Unterscheidet sich doch das Verhalten Frankreichs, Spaniens, und Deutschlands auf Kosten der Marokkaner nur der Form nach von dem Vorgehen Italiens. Überall ist heutzutage die Bourgeoisie dem Imperialismus verfallen, dem Streben nach Ausdehnung des Ausbeutungsgebietes, nach Kolonien, nach größeren Reichen, die gegen andere Länder durch hohe Zollmauern abgeschlossen werden sollen. Er drängt sich ihr mit Notwendigkeit auf, denn er ist die Lebensbedingung des Kapitalismus in seiner jetzigen höchsten Entwicklung. Der Mehrwert, der unablässig aus dem Proletariat herausgepreßt wird, muß angelegt werden, damit er neuen Mehrwert schafft, die Produktion wird ständig erweitert, neue Absatzmärkte, neue Rohstoffquellen müssen erschlossen und womöglich in Alleinbesitz genommen werden, neue Gebiete, in die sich die kapitalistische Produktion verpflanzen läßt, wenn die bürgerliche Gesellschaft nicht im eigenen Überfluß erstickt soll. Der Imperialismus ist das letzte Mittel, durch das sich der Kapitalismus eine Galgenstrick vor der Aberwindung durch den Sozialismus erkaufen kann. Das empfinden dunkel auch jene bürgerlichen Klassen, denen der Imperialismus, denen die Politik der Kolonialabenteuer und Kriegsrüstungen mehr Schaden und Lasten denn direkten Vorteil bringt.

Aber weil dem Mittelstand, den Bauern, den kleinen Bourgeoisie der Sozialismus, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebt, viel schrecklicher erscheint als alle Schäden und Lasten des Imperialismus, so sehen wir sie munter im Gefolge der Großbourgeoisie traben, wie wir es in Deutschland bei den Stottentwahlen und jetzt bei dem Marokkoabenteuer erlebt haben. In Italien ist es nicht anders. Hier hat einzig und allein die Klassenbewusste Arbeiterschaft gegen den Raubzug Einspruch erhoben. Sie hat einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik gegen die Tripolisexpedition erklärt, der allerdings nicht überall gelungen ist. Daran ist zu einem Teile die Panthe der sozialdemokratischen Parteileitung und Kammerfraktion schuld. Diese möchten dem Ministerium Giolitti, das eine Wahlreform versprochen hat, die indes noch nicht das allgemeine Wahlrecht gibt, keine allzu großen Schwierigkeiten machen, und hielten sich deshalb sehr zurück. Zum anderen Teil kann auch der Reformismus, der in der italienischen Sozialdemokratie herrscht, überhaupt die Kolonialpolitik nicht mehr grundsätzlich bekämpfen, wenn er einigermaßen folgerichtig sein will.

Für die Völker Europas bedeutet der Krieg zwischen Italien und der Türkei eine große Gefahr. Der Weltkrieg, der durch das Vordringen Frankreichs in Marokko und das Eingreifen Deutschlands heraufbeschworen worden war, den man aber nunmehr durch den Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen abgewendet glaubte, steht wiederum drohend an der Schwelle Europas. Der Krieg zwischen Italien und der Türkei dürfte zwar keinen großen Umfang annehmen — Tripolis hat nur verhältnismäßig wenige türkische Truppen, und neue Nachschübe können nicht erfolgen, da der einzige Weg dafür, das Mittelmeer, den Türken durch die italienische Flotte gesperrt ist, gegen die die paar veralteten türkischen Schiffe nichts ausrichten können. Der Kriegsschauplatz wird sich daher wohl, von kleinen Seeschlachten abgesehen, auf Tripolis beschränken, wo den Italienern allerdings trotz der geringen türkischen Streitmacht durch die kriegerischen Eingeborenen ein zäher Widerstand im Innern des Landes bereitet werden dürfte. Viel wichtiger aber als der Verlauf des Krieges in Tripolis ist die Frage für Europas Völker, ob es auf der Balkanhalbinsel ruhig bleiben wird. Die Ansichten dafür erscheinen sehr gering. Denn Griechen, Bulgaren, Serben warten schon lange auf einen Augenblick türkischer Schwäche, um die von ihren Stammesbrüdern bewohnten Teile des osmanischen Reiches sich anzugliedern; die Albanesen, kaum beruhigt durch die Zugeständnisse der Regierung in Konstantinopel, können jederzeit den Kampf um die Unabhängigkeit wieder aufnehmen, und Österreich-Ungarn hat auch Appetit auf ein Stück Makedonien. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Türkei, deren Landmacht nirgends an Italien heran kann, und um inneren Schwierigkeiten zu entgehen, die dem jungtürkischen Regime aus einem Verlust von Tripolis und eventuell von Kreta erwachsen, selbst über Griechenland herfällt, um sich in Thessalien „Kompensationen“ zu sichern. Wenn die kleinen Balkanstaaten losbrechen, so wird Österreich-Ungarn nicht still bleiben, und dann wird auch Rußland anrücken. Rußland und Österreich sind Nebenbuhler auf dem Balkan, England hat gleichfalls „Interessen im nahen Orient“. Ein Konflikt auf dem Balkan, der zu einem Krieg zwischen Rußland und Österreich führen könnte, würde natürlich auch den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich-England bringen. Freilich hat wohl keine der Großmächte zurzeit Sehnsucht nach einem solchen Krieg. Aber die Möglichkeit zu weitgreifenden Verwicklungen ist gegeben, der Weltkrieg kann plötzlich wie Flammen über Europa kommen, wenn der italienisch-türkische Brand nicht drücker beschränkt wird. Das Proletariat aller Länder muß jetzt ganz besonders auf der Hut sein, um beim ersten Anzeichen eines Umsichgreifens des Kriegsfeuers gerüstet zu sein, den Krieg auf erbitterte Weise zu bekämpfen.

Die wirtschaftliche Lage wird durch den Krieg und die Kriegsgefahr selbstverständlich noch weiter verschlechtert. An den Börsen stürzen die Kurse, die meisten Industrien haben sowieso schon verminderten Absatz, da bei den teuren Lebensmitteln der Verbrauch von Industrieprodukten nach Möglichkeit eingeschränkt wird. Die vorsichtigen Leute ziehen ihr Geld aus den Banken zurück, wodurch der Kredit verteuert wird. Die Beschäftigung in der Industrie macht keine Fortschritte oder geht sogar zurück. Die deutschen Regierungen aber halten es noch immer nicht für nötig, angesichts des schlimmen Winters, dem die Arbeiterschaft entgegengeht, ernste Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung zu ergreifen. Die Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Ausfuhrprämien für Getreide wird nach wie vor verweigert. Allerdings hat man bei Österreich, Italien und der Schweiz nach den Erfahrungen mit der Einfuhr argentinischen Fleisches angefragt. Aber trotzdem die Auskünfte nur günstig ausfallen können, und trotzdem man in England die

Fleisch schon mehr als zwanzig Jahre lang ist, wird es in Deutschland doch nicht eingeführt werden. Die preussische Regierung beschränkt sich darauf, in einem Rundschreiben die Städte aufzufordern, etwas zu tun! Sie sollen Fleisch verlaufen, wenn die Fleischer sich weigern, die Fleischpreise in ein „angemessenes Verhältnis“ zu den Viehpreisen zu bringen. Da die bürgerlichen Stadtverwaltungen einmal nicht überall gewillt sein werden, es mit den Fleischern zu verderben, da das „angemessene Verhältnis“ zudem ein durchaus schwankender Begriff ist und da schließlich die Viehpreise nicht fallen werden, wenn die Grenzen geschlossen bleiben, so ist der Erlaß für die Rüge. Es scheint, daß unsere Herrschenden auch nicht aus dem blutigen Ausbruch der Verzweiflung in Wien lernen wollen.

Der Wahlkreis Düsseldorf ist in der Stichwahl von der Sozialdemokratie erobert worden; das Zentrum hat einen Sitz verloren, den es seit 1870 ununterbrochen innegehabt hat. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie stieg in der Hauptwahl gegen 1907 um rund 9000 Stimmen, die des Zentrums blieb fast dieselbe wie 1907, was einen Rückgang bedeutet, da die Zahl der Wähler um rund 18000 gewachsen ist. Die Sozialdemokratie kann andererseits die 9000 Stimmen Zuwachs nicht völlig als Gewinn für sich buchen, denn der Fortschritt hatte zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel aufgefordert, und von den nationalliberalen Wählern dürften auch verschiedene trotz der Wahlenthaltungsparole ihrer Partei für den Notwendigen gestimmt haben. Aber zieht man alle diese Stimmen ab, so bleibt doch ein erheblicher Gewinn der Sozialdemokratie, der ebenso wie der Rückgang des Zentrums zeigt, daß diese Partei, so zäh auch ihre Konstitution ist, doch keinen unüberwindlichen Gegner der Sozialdemokratie darstellt. Die unermüdliche Arbeit unserer Genossen in den katholischen Gebieten beginnt Früchte zu tragen. Selbst bürgerliche Blätter müssen anerkennen, daß ein großer Teil des sozialdemokratischen Wahlerfolgs der aufopfernden Agitationsarbeit und Mitarbeit der Genossinnen geschuldet ist.

Bei den Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe und Oldenburg erzielte die Sozialdemokratie erfreuliche Erfolge an Stimmen und Mandaten.

Große Erfolge haben auch unsere schwedischen Genossen bei den Reichstagswahlen errufen. Das Gesamtergebnis ist noch nicht bekannt, doch wird auf jeden Fall eine erhebliche Verstärkung der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung herauskommen.

In Paris veranstalteten die Gewerkschaften im Verein mit der sozialistischen Partei am 24. September eine wichtige Kundgebung gegen den Krieg und die Teuerung. Die französische Regierung kennzeichnete die Freiheit in der Republik durch ein Verbot von Anzügen und polizeilich-militärischen Märschen, die zu einigen Zusammenstößen führten.

Spanien wurde in den letzten Wochen durch umfassende Lohnkämpfe erschüttert, die stellenweise politische Färbung gewannen. Die Regierung hob die verfassungsmäßigen Sicherheiten auf und nahm viele Verhaftungen von Arbeiterführern vor, mehrfach kam es auch zu blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit der bewaffneten Macht. Der Versuch eines Generalstreiks über das ganze Land mißlang. Die Bewegung ist anscheinend zusammengebrochen. Die Zeitung der Sozialdemokratie erklärte, daß sie nicht von ihr ausgegangen sei.

Finnland, das die russische Regierung durch die Annexion zweier Bezirke verstümmeln will, ist von brutalen Gewaltmaßnahmen des Zarentums bedroht. Die Vereinsfreiheit wird gemeuchelt, Protestversammlungen werden widergesetlich verboten, und die russische Militärgewalt lauert nur auf den Vorwand zu blutigen Meutereien. — Bagrow, der den Obersten der zaristischen Gensler, Stolypin, erschoss und der ein seltsames Gemisch von Revolutionär und Polizeispitzel war, ist gehängt worden.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Jahr 1910 war für die Gewerkschaften ein Kampfsjahr ersten Ranges. Nach der soeben veröffentlichten Statistik der Generalkommission über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen hat 1910 die größte Zahl wirtschaftlicher Kämpfe stattgefunden, die je in einem Jahre in Deutschland geführt worden sind. Insgesamt kam es zu 9690 Lohnbewegungen; an ihnen waren 1025542 Personen beteiligt, und ihre Durchführung erforderte eine Ausgabe von über 18½ Millionen Mark. Als Ergebnis dieser Bewegungen ist zu verzeichnen: eine Arbeitszeitverlängerung für 344570 Personen um zusammen 756564 Stunden pro Woche und für 827627 Personen eine Lohnerhöhung von 1815537 Mk. pro Woche; ferner die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 9444 Stunden pro Woche und einer Lohnkürzung von 29779 Mk. wöchentlich. Ohne ArbeitsEinstellung verliefen

67 Prozent der Lohnbewegungen, auf die 64 Prozent aller Beteiligten kamen, was ungefähr das gleiche Verhältnis ist wie im letzten Jahr. Streiks und Aussperrungen wurden im Berichtsjahr 3194 geführt, und zwar 1385 Angriffstreiks mit 110613 Beteiligten, 839 Abwehrtreiks mit 31500 Beteiligten; dazu traten 970 Aussperrungen mit 226698 Beteiligten. Das Baugewerbe hatte hieran den Löwenanteil mit 1387 Streiks und Aussperrungen und 181100 beteiligten Personen. In der Anzahl der Kämpfe folgt sodann die Holzindustrie, während in der Zahl der beteiligten Personen das Metallgewerbe die zweite Stelle einnimmt. Die Zahl der Angriffstreiks stieg von 892 im Jahre 1909 auf 1385 im Jahre 1910 und die Zahl der Aussperrungen von 206 auf 970, die Zahl der Abwehrtreiks dagegen ist von 1007 im Jahre 1909 auf 839 im Jahre 1910 gefallen. Ist in diesen Ziffern auch der Einfluß der besseren Wirtschaftslage nicht zu verkennen, so bleibt die Zahl der Abwehrtreiks, der eigentlichen Begleiterecheinungen wirtschaftlichen Niederganges, immer noch sehr hoch. War auch die Zahl der Angriffstreiks im Jahre 1910 erheblich höher als in den beiden Vorjahren, so erreichte sie dennoch nicht die Höhe wie in den Jahren 1906 und 1907. Von den Angriffstreiks des Berichtsjahres waren 82,2 Prozent erfolgreich. Von den Aussperrungen wurden 60,5 Prozent mit teilweisem, 31,1 Prozent mit vollem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet, während die Unternehmer nur bei 7,8 Prozent der Aussperrungen einen Sieg zu verzeichnen hatten. Daß 1910 das Baugewerbe im Brennpunkt der gewerkschaftlichen Kämpfe stand, zeigt sich darin, daß von den 970 Aussperrungen allein 851 und von den 226698 insgesamt ausgesperrten Personen nahezu 160000 auf dieses Wirtschaftsgebiet entfielen. Diese Kämpfe allein verursachten eine Ausgabe von rund 9 1/2 Millionen Mark. Neben den großen Aussperrungen finden wir auch 20 kleine, die nur über 627 Arbeiter verhängt wurden, die zum Austritt aus der Organisation gezwungen werden sollten. Die Unterstützung der Streikenden wurde im allgemeinen aus der eigenen Verbandskasse der betroffenen Gewerkschaft bestritten, nur bei der Bauarbeiteraussperrung war einige Hilfe anderer Verbände nötig. Der große Opfermut der deutschen Arbeiterklasse bekundete sich in der hohen Leistung von Extrabeiträgen für die Kämpfe. Auf die Ausschreibung von Extrabeiträgen durch die Zentralvorstände kamen 4388400 Mk. und durch Beiträge der arbeitenden Mitglieder in Streikorten 521800 Mk. ein, das ist mehr, als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891 bis 1897 betrugen, überstiegen diese Einnahmen doch erst 1898 5 Millionen Mark.

Am Schluß des Berichtsjahres bestanden 4398 Tarifverträge für 607023 Personen. Von den 368811 an Streiks und Aussperrungen Beteiligten konnten nur 310711 in den Streiklisten geführt werden. Bloß über die Verhältnisse dieser Proletariat liegen nähere Angaben vor, weil die Betroffenen am Streikorte blieben. Von den 368811 waren verheiratet 177374 Arbeiter und 4197 Arbeiterinnen, gleich 58 Prozent, sie hatten insgesamt 327582 Kinder unter 14 Jahren. 14 Prozent der Streikenden waren im Alter unter 21 Jahren. 271977 männliche und 15636 weibliche Arbeiter gehörten bei Beginn des Kampfes der Organisation an, sechs Monate und länger waren 227986 Arbeiter und 7215 Arbeiterinnen organisiert. Ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 für die Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen auch ein günstiges gewesen, so machen die Ertragschaften die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel bei weitem nicht wett, ganz zu geschweigen, daß ein großer Teil des arbeitenden deutschen Proletariats an ihnen überhaupt nicht teil hat. Die kurze Spanne des Aufschwunges im Wirtschaftsleben müßte von der organisierten Arbeiterschaft stärker ausgenützt werden. Die Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation berechtigen zu der Erwartung, daß das in nächster Zeit geschieht, und wir hoffen dabei auch die organisierten Arbeiterinnen in den vordersten Reihen der Kämpferscharen zu erblicken. Angesichts der Lage ist es doppelte Pflicht der Genossinnen, mit allem Eifer dafür zu wirken, daß immer mehr Lohnsklavinnen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden.

Die Aussperrungen in der Metallindustrie dürfen nach langwierigen Verhandlungen für Sachsen und Thüringen als beendet gelten; nur in Barmen dauert der Streik noch an. Zugestanden wurde in Leipzig die 56stündige wöchentliche Arbeitszeit, eine Erhöhung der Stundenlöhne für Gleisereiarbeiter von 3 bis 6 Pf. und Garantie des Stundenlohns bei Allordarbeiten; dazu kommen noch Lohnzuschläge für Überzeit- und Nachtarbeit. Die Arbeiter hatten ursprünglich zwar etwas weitergehende Forderungen gestellt. Die Mehrheit entschied sich jedoch für die Annahme dieser Zugeständnisse der Unternehmer. — Die Aufhebung des

Boykotts über die Plangeschen Mühlen konnte beschlossen werden, nachdem der Unternehmer den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen nachgegeben und der Streik in Düsseldorf nach zwölfwöchiger Dauer beendet worden ist.

In der Schuhindustrie werden gegenwärtig eine größere Zahl lokaler Kämpfe geführt; in Vermelskirchen drohte eine Aussperrung der Schuharbeiter, die im letzten Augenblick durch Verhandlungen beigelegt werden konnte. — In der Chemnitzer Kartonnageindustrie haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht, weil die Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiterschaft eine ungenügende Antwort gaben und die Bewegung verschleppen wollten.

Eine größere Lohnbewegung bereitet sich im Steindruckgewerbe vor. In Leipzig stehen bereits 1000 Lithographen und Steindrucker im Ausstand, da die Unternehmer sich ablehnend zu den eingereichten Forderungen der Arbeiter verhielten, die auf Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung des Mindestlohns, Lehrlingsverhältnisses und allgemeiner Lohnzulagen hingen. Eine Gauleiterkonferenz des Steindruckerverbandes beschloß, die gleichen Forderungen an die Unternehmer in Nürnberg, Fürth, Stuttgart, Cannstatt, Frankfurt a. M., Offenbach, Grimmitzschau und Kassel, ferner bei der Weltfirma Hagelberg in Berlin zu stellen. Auch die Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen haben sich der Bewegung angeschlossen. Es ist leicht möglich, daß die Bewegung sich noch auf andere Städte ausdehnt und daß es zu einer Aussperrung kommt.

In der westfälischen Tabakindustrie droht eine Aussperrung. In einigen Orten des Bezirks wird von den Arbeitern gestreikt. Wenn diese Streiks nicht innerhalb einer gewissen Frist beendet sind, so soll laut Beschluß des westfälisch-lippeschen Unternahmerverbandes allen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt werden. Die in diesem Verband organisierten Fabrikanten beschäftigen rund 22000 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen etwa ein Drittel organisiert sind, zum größten Teil im Zentralverband, zum kleineren Teile in den christlichen und Hirsch-Dunderschen Vereinigungen.

Eine Lohnbewegung steht in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelinindustrie bevor. Der Verband der Bäcker und Konditoren hat in den letzten Jahren unter der Arbeiterschaft dieser Industrie gute Fortschritte gemacht, so daß jetzt diese Berufsgruppe, in der viel Arbeiterinnen beschäftigt sind, auf eine Verbesserung ihrer miserablen Arbeitsverhältnisse drängt. Verlangt wird eine tägliche 9 1/2stündige Arbeitszeit, am Sonnabend 5 1/2 Stunden, also eigentlich die Freigabe des Sonnabendnachmittag, ferner als Stundenlohn für jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 20 Pf., für Arbeiterinnen über 16 Jahren 25 Pf., für Arbeiter dem Alter entsprechend 28 bis 50 Pf. Diese Lohnforderungen sind gewiß sehr bescheidene, ob sie die Unternehmer aber ohne weiteres bewilligen werden, steht sehr in Frage, zumal da die Herren in einem Arbeiterschaftsverband organisiert sind, der ein Feind jedes Tarifabschlusses ist. Ein Kampf ist also wahrscheinlich.

Die Opfer an persönlicher Freiheit, die die wirtschaftlichen Kämpfe von den Arbeitern fordern, sind wahrlich nicht gering, kommen aber der Öffentlichkeit nur von Zeit zu Zeit durch besonders krasse Fälle der Klassenjustiz zum Bewußtsein. Welchen Umfang sie insgesamt erreichen, davon gibt eine Vorstellung die Zusammenstellung, die der Holzarbeiterverband darüber für das Jahr 1910 gemacht hat. Nicht weniger als 6 Jahre, 10 Monate und 3 Tage Gefängnis- und Haftstrafen sind wegen sogenannter „Streitvergehen“ über Mitglieder dieses Verbandes allein verhängt worden. Daneben wurde noch auf 1471 Mk. Geldstrafe erkannt. Und was bestraft die Klassenjustiz nicht alles. So wurde gegen einen Arbeiter in Halle eine Klage bis zum Landgericht durchgeführt, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt haben soll, „ob er sich nicht schäme, hier zu arbeiten“, oder „es sei nicht schön, hier zu arbeiten“. Ein anderer Holzarbeiter in Kaiserslautern erhielt 3 Tage Gefängnis, weil er einem Arbeitswilligen, der früher Vollmächtigter des Verbandes war, beim Verlassen des Fabrikhofs einen Kranz mit den Worten „dem Verdienst seine Krone“ auf den Kopf setzte. In einem anderen Falle, in Frankenhäusen, wurden Arbeitswillige von einigen übermütigen jungen Leuten im Gänsemarsch nach Hause begleitet. Die Strafe für diesen Frepel lautete auf 3 bis 10 Tage Gefängnis. Je berechtigter und harmloser die Handlungsweise der Verurteilten war, um so empörender kommt in den Urteilen die Gehässigkeit der herrschenden Klassen gegen die kämpfende Arbeiterklasse zum Ausdruck. Diese Gehässigkeit erniedrigt in ihrer feigen Wut die Justiz zum Büttel, der selbst für Verurteilte an den Ausgebeuteten Rache nehmen muß.

Hungernde Textilflaven. Das Gespenst des Hungers geht durch das Land. 300000 Weber, Weberinnen und Hilfsarbeiter der Baumwoll- und Schafwollindustrie leben mit ihren Familien im entsetzlichen Elend. Vier Jahre bereits liegt das Geschäft in der Textilindustrie darnieder, vier Jahre schon ist der Mangel ständiger Gast in den Hütten der Textilarbeiter. Verminderte Beschäftigung, Rückgang des Verdienstes, direkte Herabsetzung des Lohnes, harte, ungerechtfertigte Strafen, brutale Behandlung, Arbeitslosigkeit und Jammer, alles das haben Hunderttausende Textilarbeiter vier lange Jahre durchkosten müssen. Aber niemals in diesem Zeitraum hatte die Konjunktur einen solchen Tiefstand erreicht wie gegenwärtig, und niemals in diesem Zeitraum war der Druck, welcher auf dem Arbeiter lastete, ein so empörend harter wie jetzt. Aus allen Gauen des Reiches kommen Hiobsposten. Nur im Münsterland und im Rheinland scheint die Lage ein klein wenig besser zu sein. Aus den Mittelpunkt der Baumwoll- und Schafwollindustrie in Sachsen, Thüringen, Bayern und Elsaß berichten die Arbeiter über Verkürzung der Arbeitszeit, Stillsetzung von Webstühlen und sonstigen Maschinen, Ersetzung des Zweifelhwebers durch den Einstuhlweber, tagelanges Aussehen und Warten auf Material, Entlassungen und Belästigungen. Aus den schlichten Worten der berichtenden Proletarier hört man die Sprache des Elends, der Entbehrung, des Hungers und drohender neuer Not heraus. Da meldet ein Arbeiter aus Reichenau in Sachsen, daß in dem kleinen Städtchen 900 Webstühle stillgesetzt sind. Die so viel in Wohltätigkeit machende Weltfirma G. A. Preibisch hat zwei große Arbeitsäle vollständig geschlossen, 300 Stühle stehen still und an den anderen müssen die Weber beim Abarbeiten sechs bis acht Tage warten, bevor eine neue Kette eingelegt wird. 5 bis 8 Mk. Verdienst pro Woche ist die Regel, und glücklich sind diejenigen, welche auf diesen Hungerlohn noch rechnen können. Hunderte von Proletariern laufen ohne Arbeit, ohne Verdienst, ohne Brot durch die Straßen. Jeder neue Tag gebietet ihnen aufs neue den alten „Gang nach Arbeit“, und jeder Tag macht ihre Hoffnungen zuschanden. Ohne Arbeit, ohne Brot, wie sie am Morgen ihr Heim verlassen, so lehren sie wieder am Abend zurück, und hoffende und fragende Kinder Augen lesen aus ihrer verzweifelten Miene die stumme Antwort: Nichts! Wie in Reichenau so in anderen Orten der sächsischen Lausitz. Vor dem „Nichts“ stehen die Arbeiter in Neugersdorf, aus dem gemeldet wird: „Über drei Viertel der Betriebe sind sehr schlecht beschäftigt, die Lage der Arbeiter ist trostlos. Kurze Ketten und drei bis acht Tage warten auf neue Ketten. . .“ Vor dem „Nichts“ stehen Großschönau Textilarbeiter, denn: „Die Geschäftslage hat sich noch mehr verschlechtert.“ In Langenbielau und in Reichenbach in Schlesien stehen Hunderte Webstühle still, Hunderte Weber setzen aus, Hunderte Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind entlassen, zahlreiche Arbeiter wandern ab. In Gera stehen 3990 Webstühle still, in Ronnberg 650, in Pönnitz 311, in Grimmitzschau 390, in Verdaun 203, in Spremberg 390, in Neumünster 149. In Lugsburg entflieht jeder, der kann, und sucht Beschäftigung in der Metallindustrie. Ein einsames Gemälde grausig-trostlosen Elends bietet sich dem Beschauer in den Heimen der Weberarbeiter dar. Zu der Arbeitslosigkeit und dem Rückgang des Verdienstes der arbeitenden Weber, Weberinnen und deren Hilfsarbeiter gesellen sich jetzt noch die Schrecken der immer schärfer einsetzenden Teuerung. Die Löhne der Arbeiter sind auf 4 bis 8 Mk. gesunken und die Preise der Lebensmittel steigen unaufhörlich. In diesem Jahre der Dürre werden selbst Brot und Kartoffeln für den Proletarier unerschwinglich. Zu der bereits herrschenden Gleichnot kommt die Brotnot, die Kartoffelnot, die Lebensmittelnot im allgemeinen. Und diese Not des Hungers inmitten eines sich täglich vermehrenden Reichtums der Gesellschaft. Eine fluchwürdige Ordnung läßt den Arbeiter, den Schöpfer dieses Reichtums hungern. Die 300000 hungernden Woll- und Baumwollarbeiter Deutschlands klagen an! h. j.

Der Bildung von Frauenagitationskommissionen wird in den Hamburger Gewerkschaften mit großem weiblichen Mitgliederbestand immer mehr Beachtung geschenkt. Die Bemühungen, auf diese Weise brachliegende Kräfte für den Ausbau der Organisationen nutzbar zu machen, haben schon gute Früchte getragen. Vor Jahresfrist wurde an dieser Stelle über die Regsamkeit einer Frauenagitationskommission des Bäckerverbandes, Sektion „Süße Industrie“, berichtet. In den Zusammenkünften der Kommission, die meist wöchentlich stattfinden, werden die Teilnehmerinnen mit der praktischen Organisations- und Agitationsarbeit bekannt gemacht. Sie sind der Organisationsleitung eine zuverlässige Stütze bei der Kleinarbeit. Ein kleiner Stamm weiblicher Verbandsmitglieder ist heute bereits befähigt, Sektionsführungen und -versammlungen selbstständig vorzubereiten, einzuberufen, zu leiten

und über ihren Verlauf schriftliche Berichte zu geben. Außer der praktischen Anleitung zur Mitarbeit wird auch die theoretische Ausbildung der Kommissionsmitglieder gepflegt. Es geschieht das durch aufklärende Vorträge wie durch Vorlesungen aus Büchern und Broschüren sachgewerblichen und sozialpolitischen Inhaltes, über die nach der Vorlesung diskutiert wird. Gemeinsam geben die Teilnehmerinnen einen Überblick über den Hauptinhalt der Schriften, sei es in einer kurzen Aufstellung, sei es in einem Aufsatz. Die Sitzungen der Kommission dienen außerdem der Aussprache über Mißstände im Beruf und der Beratung darüber, wie diesen am besten entgegengearbeitet werden kann. Ein frischer Geist erfüllt die Mitglieder und bürgt für eine gesunde Weiterentwicklung dieser Institution.

Auch in der Filiale des Textilarbeiterverbandes wird die allgemeine Agitation neuerdings durch die Tätigkeit einer Frauenagitationskommission belebt. Die Arbeiterinnenkonferenzen des Verbandes haben beschlossen, daß an jedem Orte mit Textilarbeiterschaft kleine Körperschaften für die Agitation unter den Textilarbeiterinnen gebildet werden sollen. Auf diesem Wege sind schon recht gute Erfolge erzielt worden, besonders dort, wo die Resultate der Arbeit den weiblichen Bezirksvertrauenspersonen zu gehen, die sie für die Agitation in größeren Kreisen nützen können. Die neugegründete Frauenagitationskommission des Textilarbeiterverbandes in Hamburg hat sich unter anderem die Aufgabe gestellt, in allen Textilbetrieben der Stadt, die Arbeiterinnen beschäftigen, eine Enquete zu veranstalten über die Zahl und das Alter der beschäftigten Proletarierinnen, über ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse, über hygienische Einrichtungen, über die Beachtung der gesetzlichen Schutzbestimmungen usw. Weiter wird für die nächste Zukunft eine planmäßige Hausagitation unter den der Organisation noch fernstehenden Lohnflavinnen des Textilkapitals geplant. Im kommenden Winter soll die praktische und theoretische Ausbildung der Mitglieder auch dieser Frauenagitationskommission in die Hand genommen werden, um selbständige, arbeitsfreudige Agitatorinnen für den Textilarbeiterverband heranzubilden. In Hamburg mit seinen Textilbetrieben, die rund 7000 Personen beschäftigen, werden sie ein großes Betätigungsfeld finden. eg.

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Eine Frauenkonferenz für Österreichisch-Schlesien fand am 17. September statt. Der ersten Konferenz vor zwei Jahren wohnten nur sieben Delegierte bei. 900 organisierte Frauen waren vertreten. Diesmal wurden 16 Orte durch 35 Delegierte vertreten, darunter 10 Genossen. Organisiert sind in den freien politischen Organisationen 1076 Genossinnen. Die Vorsitzende der Landesorganisation, Genossin Zöll, erstattete einen ausführlichen Bericht, der ein Bild von der regen Tätigkeit gab, die die Organisationen entfalten. Über „Organisation und Taktik“ erstattete Genossin Popp ein Referat, in welchem sie eine Reihe von Vorschlägen machte, wie die Genossinnen an dem Ausbau der Organisation und an der Schulung der Genossinnen arbeiten sollen. Auch die Frage wurde besprochen, ob nach Beseitigung der vereinsgesetzlichen Hindernisse die Frauen den allgemeinen Wahlvereinen beitreten sollen. Dem wurde zwar zugestimmt, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Genossinnen so wie jetzt ihre eigene so gut bewährte organisatorische Tätigkeit entfalten können, ohne an die Zustimmung der Genossen gebunden zu sein. Dies wurde auch vom anwesenden Parteisekretär für Schlesien und von den Bezirkssekretären für notwendig erklärt. Bei den Gewerkschafts- und Genossenschaftsleitungen soll darauf hingewirkt werden, daß die weiblichen Mitglieder in den Vorständen eine Vertretung bekommen, wie dies bei der Partei eingeführt ist. Die Frauen wurden aufgefordert, eine besondere Agitation gegen den Alkohol zu entfalten und vor allem die Jugend vom Alkoholgenuß abzuhalten. Alle Veranstaltungen der Frauenorganisationen sollen ohne alkoholische Getränke vor sich gehen. — Genossin Zöll referierte über „Die Forderungen der Frauen an die Gesetzgebung“, Genossin Berut über „Bildungsarbeit und Kindererziehung“, Genossin Mader über „Die Presse“. Alle Referate waren von gutem Geiste getragen und fanden ihren Abschluß in der Annahme entsprechender Resolutionen. Auch die in Innsbruck stattfindende Frauenreichskonferenz wurde besprochen und beschlossen, zwei Delegierte für Schlesien zu entsenden. Wieder wurde ein Landeskomitee eingesetzt, das die Agitation unter den Frauen zu leiten hat. Auch sollen Bezirksorganisationen für Frauen gegründet und die Bezirksvertrauenspersonen nach Bedarf zu den Sitzungen des Landeskomitees zugezogen werden. a. p.

Frauenstimmrecht.

Die vierte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht findet vom 5. bis 7. Oktober in Hamburg statt. Die öffentlichen Verbandssitzungen werden außer der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Auseinandersetzungen über eine Reihe von Fragen bringen, die für den Charakter des Verbandes und seine weiteren Arbeiten von großer Bedeutung sind. Drei Landesorganisationen — die bayerische, hessische und preussische — beantragen eine Änderung der Satzungen, die Frage des Beitritts der Verbandsvereine zum Bund deutscher Frauenvereine steht zur Debatte. Im Zusammenhang damit und mit anderem noch dürfte es zu Auseinandersetzungen über die alte Streitfrage bürgerlicher Frauenrechte kommen: soll der Verband für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts eintreten oder aber für „das Frauenwahlrecht schlechthin“, das heißt unter Umständen für ein bloßes Damenwahlrecht. In Verbindung mit der Generalversammlung finden öffentliche Versammlungen statt. In ihnen werden Referate erstattet über: „Die Mitarbeit der Frauen in den politischen Männerparteien“, „Das Frauenstimmrecht in Beziehung zu Staat, Fortschritt, Kultur“, „Der alte und der neue Reichstag, Kritik und Forderungen der Frauen“. Dieses Thema wird von den Damen Augspurg und Schirmacher behandelt, das zuerst genannte von Frau Breitscheid und Fräulein Heymann. Aber „Das Frauenstimmrecht in Beziehung zu Staat, Fortschritt, Kultur“ werden Ausprachen gehalten von Mrs. Philip Snowden aus London, Minna Cauer, Theodore Wolff-Arndt und Luise Koch.

Das Damenwahlrecht hat in der frauenrechtlerischen Führerin Fräulein Heymann eine Verteidigerin gefunden. In einer Polemik gegen den „Vorwärts“ vertritt sie in Nr. 10 der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ die Auffassung, daß ein beschränktes Frauenstimmrecht im Grunde doch gar nichts so Schlimmes und als Anfang zur Verwirklichung der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts wohl akzeptabel sei. Ja mehr noch! Die Dame erdreißt sich zu versichern, daß die Sozialdemokratie das Wahlrecht für den weiblichen Geldbeutel bekämpfe, weil es ihr nicht Ernst mit der Gleichberechtigung der Geschlechter sei. Sie schreibt: „Die Beispiele beweisen, wie recht diejenigen haben, die behaupten, daß auch die sozialdemokratischen Männer nach verschiedenen Prinzipien handeln, wenn es sich um Erlangung von Rechten für Männer und Rechten für Frauen handelt, und daß es ihnen mit dem Frauenstimmrecht im Grunde genommen sehr wenig Ernst ist, es dient ihnen lediglich zur Förderung ihrer Parteinteressen, sie prunken mit der Forderung: gleiches Recht für alle ohne Ansehen des Geschlechts. Aber wenn dem Worte die Tat folgen soll, wenn der erste praktische Anfang mit dem Frauenstimmrecht gemacht werden soll, dann verlassen auch sie und führen Gründe ins Feld, die völlig satzungsgemäß für jedermann sind, der nicht durch Parteigeist und Parteidisziplin verblendet ist.“ So wörtlich zu lesen. Angesichts der Taten der Sozialdemokratie haben wir es an dieser Stelle nicht nötig, unsere Partei gegen die insame Verdächtigung zu verteidigen, die Forderung des Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht sei ihr letztes Ende nichts als ein Augenbinder. Es hieße auch die Liebesmüh umsonst verschwenden: Niemand begreift ein Ding, das ihm abgeht, und über Geist und Disziplin läßt sich nicht mit Leuten rechten, denen weder Geist noch Disziplin eignet. Was aber die von Fräulein Heymann breitgetretenen Gründe für ein Abfinden mit dem Damenwahlrecht anbelangt, so sind sie die gleichen, wohlbekannten Redensarten, mit denen die englischen Frauenrechtlerinnen diese reaktionäre Lösung verteidigen. Und wahrhaftig! Dieses alte Kohlgericht gewinnt dadurch weder an Gehalt noch an Geschmack, daß es zum so und sovielten Male aufgewärmt und in der wärzlosen dicken Mehlsauce des Heymannschen Deutsches aufgetragen wird. Wir verzeichnen den Vorstoß für das beschränkte Frauenwahlrecht, weil er eine charakteristische Unwertfäule zur bevorstehenden Tagung des Deutschen Frauenstimmrechtsverbandes bedeutet.

Frauenbewegung.

Die sechste Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine hat am 27. und 28. September in Berlin stattgefunden. Es war sozusagen die Tagung eines Parlamentes der frauenrechtlerischen Theorie. Im Namen der Berliner Stadtverordnetenversammlung begrüßte der Landtagsabgeordnete Rosenow die Damen und versicherte sie des Wohlwollens der Reichshauptstadt, die viele Frauen als Ärztinnen, Lehrerinnen usw. beschäftigt. Persönlich, als Privatmann, versprach er den Frauen jegliche Förderung ihrer Interessen. Seine erste und

letzte Rede im Landtag habe ihnen gegolten, und wer von diesen Reden noch nicht ganz befriedigt sei, möge das Milieu berücksichtigen, wo sie gehalten wurden. Da erreiche man oft durch Vorsicht mehr als sonst. Der liebe altbekannte liberale Eierkuch: Hier jagst du an, daß schnell wieder losgelassen. Die Damen schienen nichtsdestoweniger sehr angenehm von dem nichtsagenden Gerede beruhrt.

Den ersten Vortrag hielt der Münchener Nationalökonom Dr. Dorn über „Die Konkurrenz der Frauenarbeit und der Männerarbeit“. In folgendem das Wesentliche daraus: Die Konkurrenz der Frau kann für den Mann sowohl Lohndruck wie Arbeitslosigkeit bewirken. Das erstere tritt ein infolge der Niedrigkeit der Frauenlöhne, durch die Vermehrung des Arbeitsangebotes bei gleichbleibender Nachfrage nach Arbeitskräften, durch das Sinken der Minimalgrenze der Löhne. Die Frauenarbeit kann relative und absolute Arbeitslosigkeit herbeiführen. Relative durch langsamere Vorrücken, verlängerte Wartezeit, verminderte Arbeitsgelegenheit für die Männer; absolute durch ihre Verdrängung in alten Berufen sowohl wie in neuen. Lohndruck und Arbeitslosigkeit können in einer ganzen Reihe verschiedener zeitlicher und ursächlicher Umstände zusammen offenbar werden. Das Studium der Frage verlangt Studium der einzelnen Berufsarten, des Tempos der Konkurrenzentwicklung und des gesamten Wirtschaftslebens. Der Redner kam zu dem Schluß, daß es kein Mittel gäbe, die Männerlöhne zu erhöhen, so sei die Erwerbsarbeit der Ehefrauen unentbehrlich. Angesichts dieser Unentbehrlichkeit der Erwerbsarbeit unverheirateter und verheirateter Frauen muß der Zeitpunkt aller praktischen Sozialpolitik sein: nicht die Frauen vor der Erwerbsarbeit bewahren, sondern in der Erwerbsarbeit emporheben. Der Redner vertrat auch die durchaus unzutreffende Ansicht, der Ausbau der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung müsse, so notwendig er sei, verhältnismäßig zurücktreten hinter den Bestrebungen nach einer möglichen Steigerung der Löhne der Frauen. Die Vorbereitung der Frauen für die Erwerbsberufe darf nicht auf die rein fachliche Ausbildung beschränkt bleiben. Auch die Allgemeinbildung der Frauen muß auf die Erwerbsarbeit gerichtet werden. In der Diskussion nannte es Helene Simon ein bedauerliches Faktum der modernen Gesellschaft, daß die junge Mutter erwerbstätig sein müsse. Vom nationalökonomischen Standpunkt aus sei eine höhere Wertung der Mutterschaft nötig, und zur Hebung der Lage der Arbeiterin müßten verschiedene Wege eingeschlagen werden. Ohne Arbeiterinnenschutz ist die Erreichung höherer Löhne ausgeschlossen, das lehrt die Geschichte der Arbeit im neunzehnten Jahrhundert. Je unregelmäßiger die Arbeitszeit der Frauen, je mehr sind diese Lohndrückerinnen.

Die Nachmittagsreferate des ersten Tages wurden vor sehr schwach besuchtem Saale gehalten. Professor Cauer über „Höhere Berufe“ zu hören, war kein Genuß. Er brachte absolut nichts Neues oder Bemerkenswertes und sprach so dozierend, daß etliche Augen müde zuhielten. Bedauerlich war, daß das Referat von Meta Gadesmann über „Volksschule und Fortbildungsschule“ kein besseres Echo fand. Wenngleich es ebenfalls nichts Neues bot, wenngleich das nämliche von unseren sozialistischen Führern und Führerinnen schon oft ausgeführt worden ist, so war es wenigstens vollständig gehalten. Dem Referat lagen die nachfolgenden Zeitsätze zugrunde: „Durch die wirtschaftliche Entwicklung sind Millionen von Frauen in neue Erwerbskreise gedrängt. Schlecht oder gar nicht vorgebildet treten die meisten Frauen in das Berufsleben ein. Ein Stehenbleiben bei untergeordneter, mechanischer, gering entlohnter Arbeit ist die notwendige Folge. Die geistigen und schöpferischen Kräfte verkümmern. Es fehlen die innerlichen Beziehungen vom Menschen zur Arbeit. Die Arbeit befriedigt nicht. Sie verliert den sittlichen Wert. Die Entlohnung reicht oft nicht zur Befriedigung der Existenzbedürfnisse. Unterernährung und damit Schädigung der Volksgesundheit ist unausbleiblich. Für die Volksgesundheit bedeutet die ungelernete oder wenig qualifizierte Frauenarbeit eine Gefahr, da sie in wachsendem Maße auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen ist. Obligatorische Mädchenfortbildungsschulen, die Berufsschulen sein müssen, werden bei zweckmäßiger Ausgestaltung und Gliederung in erster Linie geeignet sein, der großen Masse der Berufsarbeiterinnen ein Mindestmaß von Fachbildung zu vermitteln. Die Schaffung solcher Schulen ist daher eine dringende Aufgabe von Staat und Gemeinden, schon im Interesse der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Es geht nicht an, daß ein Drittel der Arbeiterkraft, die Frauen, ungelernete Arbeiter bleiben.“ — Für die Fortbildung der männlichen Jugend gibt der Staat 6580356 M. aus, für die weibliche Jugend dagegen ganze 465248 M. Von dem Rechte, durch Ortsstatut Zwangsfortbildungsschulen einzurichten, machten für die weibliche Jugend nur 80 Städte, für die männliche 600 Städte Gebrauch. Von den Schülern der Fortbildungsschulen sind 93 Prozent

männlich und nur 7 Prozent weiblich! Auch die vorbereitenden Fachschulen (Handels- und Gewerbeschulen) für Mädchen, zur Heranbildung hochqualifizierter Berufsarbeiterinnen, verdienen bei ihrer hohen Bedeutung für Handel und Gewerbe die größte Aufmerksamkeit und Förderung des Staates und der Gemeinden."

Ein zahlreiches Publikum hatte sich eingefunden, um dem Vortrag der Berner Privatdozentin Gertrud Woker über "Frauen-erwerbsarbeit und Massenentwicklung" zu lauschen. Leider sprach diese Rednerin sehr leise, so daß manche ihrer Ausführungen verloren gingen. Was sie brachte, erscheint als ein schwacher Aufguß der von den sozialistischen Frauen längst für Mutter- und Säuglingschutz gestellten Forderungen. Frau Wokers Leitsätze lauten:

"Die Erwerbsarbeit der Frau ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die sich nicht mehr aus der Welt schaffen läßt. In der Erwerbsarbeit der Frau unter den gegenwärtigen Bedingungen stecken sowohl die Entwicklung der Masse begünstigende als auch hemmende Faktoren. Die Erwerbsarbeit begünstigt die Massenentwicklung durch die Verminderung der Versorgungssehen, durch Beseitigung der Verquickung des Sexuellen und Materiellen in der Ehe, durch Ermöglichung einer früheren Eheschließung der Männer, Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen, Gewöhnung der jungen Mädchen an eine geregelte Tätigkeit und die dadurch bedingte Selbsterziehung sowie endlich durch Erweiterung der Lebenskenntnisse der Frau. Aber eine Schädigung der Massenentwicklung infolge der Erwerbsarbeit der Frau ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen freilich nicht zu leugnen. Diese Schädigungen sind bedingt durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau — einer Ausbeutung, der jedes Individuum, jede Klasse verfällt, die über keine die Selbstverteidigung ermöglichenden staatsbürgerlichen Rechte verfügt —, ferner durch Verminderung der Eheschließungen, auch durch Eheverbote des Staates gegenüber seinen weiblichen Angehörigen (die Rednerin weist darauf hin, wie man in dem unter dem Rückgang der Bevölkerung leidenden Frankreich durch Aufhebung solcher Eheverbote die besten Erfahrungen gemacht hat). Die Entwicklung der Masse wird weiter gehemmt durch unzureichende Schonung vor und nach dem Wochenbett, die Vereitelung des Stillens, Überlastung der Frau (neben der Mutterschaft außerhäuslicher Beruf und Berufspflichten), Beschäftigung von Frauen, insbesondere von werdenden Müttern in bestimmten gesundheitsschädlichen Betrieben. Aber diese massenschädigenden Faktoren der weiblichen Erwerbsarbeit sind nur Übergangsübel, die sich beseitigen lassen. Man muß zu diesem Zwecke fordern: rechtliche Gleichstellung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, Festsetzung von Mindestlöhnen (siehe Australien), weitgehende staatliche Kontrolle der Arbeitsverhältnisse, insbesondere in der Heimarbeit, Beseitigung der Zwangsarbeitsverhältnisse gegenüber weiblichen Staats- und Privatangestellten, Schutzgesetze, die sich nicht auf das Verbot der Arbeit vor und nach dem Wochenbett beschränken, sondern zugleich für den Arbeitsausfall während dieser Zeit durch staatliche Versicherung ein Äquivalent (siehe Schweiz) schaffen, obligatorische Errichtung von Stillstuben, Verteilung von Stillprämien, Errichtung von Einküchenhäusern und Genossenschaftsläden, Krippen, Kindergärten; vollständige oder zeitweise Ausschließung der Frauen von bestimmten Betrieben."

An diesen Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, die sich um den "schweizerischen Entwurf zum Mutterschutzgesetz" drehte, dessen Annahme von der Referentin leider noch bezweifelt wurde. Die Abendversammlungen des Verbandes waren recht belanglos. Das gilt besonders auch von dem Vortrag der Frau Dr. Wegscheider-Ziegler über "Schaffung neuer Lebenswerte". Die Dame behandelte das Thema in einer Weise, die wir Sozialistinnen nicht einmal zur Bildung unserer Backfische anzuwenden wagen würden. Alles in allem scheint der Verband fortschrittlicher Frauenvereine auf ein ziemlich flaches Niveau herabgesunken zu sein. Mit dem neuen Leben, das von seinen Vertreterinnen auf die männlichen Fortschrittler überströmen soll, hat es gute Weile. Der deutsche "Fortschritt" bewegt sich abwärts, das Geschlecht seiner Belenner vermag daran nichts zu ändern. a. n.

Verschiedenes.

Gegensätze. Vor kurzem ist der Bericht über die Tätigkeit der Kinderschuttkommission von Berlin und Umgebung herausgegeben worden. Man sollte meinen, er hätte jeden, der noch menschliches Gefühl besitzt, mit unendlichem Mitleid für die armen, hungrigen, ausgebeuteten oder mißhandelten Kinder erfüllen müssen. Es scheint menschlich einfach selbstverständlich, daß jeder, der nicht selbst an der Besserung der im Bericht beleuchteten Zustände mitwirken kann oder will, wenigstens Genugtuung darüber empfindet, daß etwas für diese unglücklichen Kinder geschieht, diese Armsten der Armen. Da, wo der Geldsack das

Herz erseht, wo der Ausbeutung der Kinder lächelnd zugegesehen wird, sollte man wenigstens Mitleid mit Opfern von Mißhandlungen erwarten. Das kostet ja nichts und macht sich gut. Wo aber irgendwie die sozialdemokratische Partei an der Aufdeckung solcher Mißstände einen rühmlichen Anteil hat, da geht den Besorgenden Verstand und Vorsicht flöten, und nur der ohnmächtige Haß und die blinde Wut behalten die Oberhand. Kaum war der Bericht unserer Berliner Kinderschuttkommission erschienen, so schrieb die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" auch schon einen Gehartikel dagegen, und die "Berliner Neuesten Nachrichten" druckten ihn mit sichtlichem Behagen unter dem Titel ab: "Die Enteignung der Polizei durch die Sozialdemokratie". Nach dem Ausdruck der Verwunderung darüber, daß die Polizei die Aufstellung "roter Ordner" bei der Friedensdemonstration im Treptower Park gelitten hätte, kommt das Blatt auf den Bericht der Kinderschuttkommission zu sprechen. Es findet kein Wort gegen die gewerbliche Ausbeutung der Kinder, über all die bittere Not, die die Arbeiterkinder trotz besserer Einsicht zwingt, ihre Kinder in Wind und Wetter früh vor Tagesanbruch auf die Straße zu jagen. Aber über den einen Fall festgestellter Mißhandlung berichtet die Zeitung in trefflich für ihren Gebrauch zugestutzter Weise. Alles, was die Eltern des mißhandelten Kindes belastet, wird sorgsam fortgelassen, die vorgeschundenen frischen Narben auf dem Körper des Kindes werden mit keinem Wort erwähnt. In unserem Bericht heißt es weiter: "Die Kontrolleurin verlangte nun die Nute zu sehen, womit das Kind gezüchtigt wird. Es waren fest zusammengeschnürte Keiser, ungefähr einen halben Meter lang. Die losen Keiser waren abgeschlagen, so daß es nun wie ein Knäuel wirken mußte." Die "Nordd. Allg. Ztg." bricht so ab, daß der Anschein erweckt wird, als ob das Kind nur mit einer gewöhnlichen Nute geschlagen worden wäre. In dieser Weise wird weiß schwarz und schwarz weiß. So klingen denn auch die Schlussfolgerungen in Entrüstung über den Rektor aus, der das Kind — man höre und staune! — "einer Beauftragten der sozialdemokratischen Partei zur Veranlassung ärztlicher Untersuchung übergeben hat". Woll heimlicher Wut und heiligem Denunzianteneifer fragt das Blatt: "Wie kommt der Rektor dazu? Will man die Bevölkerung mit Gewalt an die Ausübung behördlicher Obliegenheiten durch die Sozialdemokratie gewöhnen?" Dabei vergißt es ganz, sich und seinen Lesern klarzumachen, daß ja erst infolge der Mangelhaftigkeit und der laxen Handhabung des Kinderschutzes unsere Tätigkeit auf diesem Gebiet zur dringenden Notwendigkeit geworden ist. Nachdem das Blatt noch auf die Resolution der Berliner Versammlungen vom November 1910 hingewiesen hat, kommt es zu dem Schlusse, "daß auch bei der Tätigkeit der Kinderschuttkommission die Parteiziele Zweck und eigentlicher Inhalt sind". Das trifft gewiß zu, aber in anderem Sinne, als es das biedere Regierungsorgan versteht. Und gerade weil dem so ist, kommt auch der Schutz der ausgebeuteten, mißhandelten und verwahrlosten Kinder als Zweck der Tätigkeit voll zu seinem Recht. Wir wissen, daß nur ein körperlich, geistig und sittlich gesundes Geschlecht den Kampf für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse siegreich zu führen vermag. In den Kindern schäufen wir die Zukunft des Proletariats und damit der Menschheit. Wir verweisen das Blatt auf die Tatsache, daß schon 1907 im Deutschen Reiche die abhängigen, mit anderen Worten die ausgebeuteten Arbeitskräfte drei Viertel der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten. Von solchen Gedanken durchdrungen, wirken die Genossinnen und Genossen mit Opferfreudigkeit und Uneigennützigkeit für den Schutz der Kinder, die zu Opfern der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse werden. Wir wissen, daß diese Gedanken den Herren fernliegen, deren Interessen die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rücksichtslos vertritt. Wir verstehen auch, daß in jenen Kreisen die Eigenschaften nur schwer verstanden werden, die auf ihre Arbeit angewiesene Frauen und Männer in den Dienst einer guten Sache stellen. Immerhin sollte sich aber das Blatt hüten, aus diesen Kreisen heraus auf andere zu schließen. Die unüberbrückbaren sozialen Gegensätze zwischen ausbeutenden Massen und ausgebeuteten Massen haben auch zwischen ihnen scharfe Gegensätze im Fühlen, Denken und Handeln geschaffen. Gerade das in unserer Partei verkörperte beste Leben der Massen beweist täglich und stündlich, daß die Habenichtse bereit sind, ihre ganze Person für das einzusetzen, was sie als gut und gerecht erkannt haben. Freilich, wie sollte eine absterbende Welt die emporstrebende Zukunft verstehen? Auch in der Sache des Kinderschutzes kann die erwachte Arbeiterklasse der dünnen Schicht derer um die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit Goethe zurufen: "Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir." Emma Döhl.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Tegeloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. P. W. Weg Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.